

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Hüfner, Magdeburg. — Verantwortung für Inhalte: Wilhelm Stauda. — Druck: Verlag von W. W. W. & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 4. — Fernsprecher: 1111. — Für Interate 1920 für die Redaktion 1794, für den Verlag 1920, die Druckerei 1921, Volksstimme-Verlag, Seite 11.

Nr. 35. Magdeburg, Mittwoch den 11. Februar 1920. 31. Jahrgang.

Das getretene Rheinland.

Aus dem besetzten Gebiet des Westens wird uns geschrieben:
Der Friedensvertrag ist in Kraft. Die Bevölkerung hat das Ereignis sehr kühl aufgenommen. Von einem erleichternden Aufatmen konnte keine Rede mehr sein, seitdem festgestellt ist, daß das gegenwärtige militärische Willkürregiment eine Legalisierung durch die Verordnungen der hohen Kommission erfahren werde. Nach den Erfahrungen von reichlich einem Jahr Besatzung waren die Hoffnungen sowieso nicht allzuweit gespannt, aber daß man in das Loch dieser Verordnungen gezwängt werden würde, das hatten auch die schwärzesten Pessimisten nicht für möglich gehalten. Die Bevölkerung hat gelernt, die Tragweite der Bestimmungen zu ermessen, sie weiß, daß ihre Erfüllung bis auf Küpfelchen von der Militärverwaltung erzwungen werden wird. Die Arbeiterklasse und ihre Führer, die immer aufrichtig bestrebt waren, der Völkerverständigung die Wege zu bahnen, sehen mit Besorgnis in die Zukunft, weil sie überzeugt sind, daß unter diesen Verhältnissen die Hoffnung der hohen Kommission auf ein reibungsloses Zusammenleben mit der rheinischen Bevölkerung sich kaum erfüllen wird.

In einem Aufruf an die Bevölkerung, der gleichzeitig mit den neuen Verordnungen angeschlagen wurde, preist die hohe Kommission die „außerordentlich freiheitlichen Grundsätze“ des Besatzungsstatuts als „einzig in der Weltgeschichte“ dastehend an, erinnert weiter an die „Ergänzungen“, die die Bevölkerung unter der Besatzung erfahren habe durch die Unterstützung mit Lebensmitteln und sichert ihr „Gerechtigkeit“ und Gewehr in der „Ausübung ihrer öffentlichen und privaten Rechte“ zu.

Die Bevölkerung empfindet diese Kundgebung als ein Gemisch von offenem und verstecktem Hohn, als Hohn auf jeden Fall. Denn die bisherige Praxis und die zu erwartende in der Anwendung der Verordnungen hat mit den allerprimitivsten Anforderungen an Freiheit und Gerechtigkeit nichts zu schaffen. Namentlich in der französischen besetzten Zone ist der Widerspruch zwischen Worten und Taten immer am auffälligsten gewesen.

Verhaftungen, Ausweisungen, Amtsentsetzungen unter faßenscheinigsten Vorwänden werden munter fortgesetzt. Ist es ein unglückseliger Verfolgungswahn der französischen Militaristen und wohl auch der französischen Regierung, daß sie in Leuten, die nichts als ihre Pflicht tun, sich als Deutsche bekennen, unberechtigten Eingriffen in die deutsche Interessensphäre widersprechen. Feinde Frankreichs sehen? Steht Offenheit und Aufrichtigkeit so gering im Kurse? Verspricht man sich etwa politischen Gewinn, die Bevölkerung zu einem doch nur scheinbaren Sichfügen und willigen Ertragen zu erziehen?

Nein, das kann nicht sein. Alle Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß sich die französische Politik anschickt, die im Friedensvertrag nicht gelungene

Annexion der Rheinlandgebiete

konsequent weiter zu verfolgen. Dazu gehört, alle deutschen Widerstände auszurotteten, den Aufbau des neuen Deutschlands zu verhindern, gegen die deutsche Regierung zu hetzen, Unruhen, Anordnung zu begünstigen und mit diesen Mitteln die Rheinlandsbevölkerung für die Loskrennung vom Reich zu machen.

Das sind Vermutungen, die man nicht unbegründet äußern soll. Das wir uns aber frei wissen von jeder Art Chauvinismus, haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jeden Chauvinismus zu bekämpfen und Stellung gegen eine Politik zu nehmen, die chauvinistische Stimmungen hervorrufen und großziehen kann. Welche Unterlagen stützen unsere Kennzeichnung der französischen Politik?

Auffällig ist, daß die wütendsten Kriegsheker vor ehedem, die früheren Vaterlandsparteiler und gegenwärtigen Regierungsheber sich einer auffälligen

Begünstigung durch die Franzosen

erfreuen. Weder ihre Presse wird verfolgt noch ihre Versammlungen werden erschwert. Die Begünstigung der unabhängigen Sozialdemokraten bewegt sich in der gleichen Richtung. Eine ähnliche Bevorzugung genießen nur noch die Zentrumsleute. Sie zählen zwar zu den Regierungsparteien, aber die französischen Militaristen wissen, daß die

Loslösungsbestrebungen aus dem Schoße der Zentrumsparterie hervorgingen, und sie setzen ihre Hoffnungen darauf, daß die Bewegung im Stillen immer weitere Kreise erfasst. In der französischen Auffassung lebt der Gedanke, der in ihrer Presse immer wieder wiedergegeben wird, daß die Rheinländer vom Reich losstreben. Nur mit Mitteln des Zwanges werden sie festgehalten. Frankreichs Aufgabe sei, die gefesselte Bevölkerung zu befreien.

In Deutschland war es erst im Süden und Südwesten des Reiches, dann aber nach und nach ganz allgemein üblich geworden, alles Rückständige und Rückschrittliche, alles großschänzig Militärische als „preussisch“ zu bezeichnen. Diese Stimmung, die doch nur gegen die junkerlich-militärisch und imperialistisch-kapitalistische Klasse im alten Preußen-Deutschland sich richtete, verstehen die Franzosen bei ihrer Propaganda im besetzten Gebiet weidlich auszunutzen. Noch heute werden die deutschen Zeitungen angehalten, französische Artikel gegen preussischen Militarismus, preussisches Beamtentum, preussische Gewaltpolitik usw. zu veröffentlichen. Erst kürzlich wurde den Zeitungen zugemutet, Auszüge aus einer Rede des Berichterstatters der Kommission des französischen Senats über die Rheinlandspolitik aufzunehmen, in der es hieß, daß Deutschland sich von Preußen losreißen müßte; daß es die Aufgabe Frankreichs sei, die rheinische Bevölkerung

„von der preussischen Gewalt zu befreien“

und sie „gegen die preussische Gewalt zu schützen“.
Wenige Tage später sollten die Zeitungen des besetzten Gebiets in der französischen Zone einen Artikel über separatistisch-partikularistische Strömungen in Bayern in der Ausmachung des Pariser „Temps“ abdrucken. In dem Artikel wird von einer großen, leidenschaftlichen Bewegung gesprochen, die in Bayern, Württemberg, Hessen und dem Rheinland unter dem Losungswort „Los von Berlin“ immer weitere Kreise erfasst. Die Bewegung lehne sich gegen den Berliner Einheitsstaat und die Zentralisierung des Finanz- und Eisenbahnwesens auf. Die Leute, die in Berlin regieren, habe Graf Balthasar in München gesagt, seien nicht nur preussische Egoisten, sondern auch absurde Maximalisten, sie hätten nicht das geringste Nationalgefühl und unterständen dem verderblichen Einfluß des russischen Bolschewismus. Der Redner habe schließlich Dr. Dornen gelobt und sei dafür eingetreten, „eine rheinische Republik im Einverständnis mit Frankreich zu gründen“.

Mit der politischen Propaganda eng verknüpft ist das Bestreben, die Loslösungsneigungen durch wirtschaftliche Vorteile zu stärken. Die

riesigen Aufträge für den Wiederaufbau

sollen dazu dienen. Die Gintermänner der „Rheinischen Republik“ suchen Einfluß auf die Vergabung zu gewinnen. Die bereits erfolgten Vorarbeiten sind sicher nicht ohne Verständigung mit den Franzosen gemacht worden. Der wirtschaftlichen Sabotage gegen Deutschland dienen auch die Bestimmungen, daß die Einfuhr durch Besatzungsgruppen (in unbegrenzten Mengen!) von deutschen Zöllen und Abgaben befreit ist, und daß Ententeangehörige im besetzten Gebiete weder direkte noch indirekte Steuern zu bezahlen brauchen. Das „Loch im Westen“ klapft also trotz der deutschen Zellensprengung weiter. Die Folge ist, daß die deutsche Wärlta weiter sinkt und auch die Verbindung des deutschen Wirtschaftslebens ganz in das Belieben der Entente gestellt ist.

Wir müssen auf diese ungeunden Verhältnisse, die eine ununterbrochene Quelle für Verbitterung und Haß darstellen, hinweisen. Vielleicht gelingt es uns, sachverständige Führer unserer Bruderparteien in den Ententeländern zu veranlassen, an Ort und Stelle die Wirkungen der Ententepolitik in den besetzten Gebieten zu studieren und dann auf eine Wendung zum Besseren hinzuarbeiten. Vielleicht...!
Sak.

Wo bleibt das Schweinefleisch?

Der Magistrat einer großen norddeutschen Stadt jegt jünger in amtlicher Bekanntmachung den Preis für Schweinefleisch auf 3,60 Mark pro Pfund fest. Das wäre sehr tröstlich für die Hausfrauen gewesen, wenn es Schweinefleisch zu kaufen gegeben hätte. Aber das gab es eben nicht.

Nun ist unser Schweinebestand in Deutschland allerdings nicht so ganz gering. Nach der Viehzählung am 1. September 1919 gab es innerhalb der neuen Grenzen des Deutschen Reichs einen Schweinebestand von 11 156 858 Stück. Allein in Preußen hatte nach diesem Ergebnis der Bestand seit 2. Juni 1919 von 5,7 Millionen auf 7,1 Millionen Stück sich vermehrt. Trotzdem hat diese Zunahme wohl noch kein Pfund an rationiertem Schweinefleisch mehr gegen früher ergeben.

Die Zahl der in öffentlichen Schlachthöfen geschlachteten Schweine steht zu dem oben angegebenen Bestand in gar keinem Verhältnis. Im ersten Halbjahr 1919 wurden in den Schlachthäusern des Deutschen Reichs 487 000 Stück geschlachtet. Im dritten Quartal desselben Jahres betrug die Zahl der Schweineschlachtungen nur 90 137. Für das vierte Quartal liegen Zahlen noch nicht vor, doch sind im ganzen Jahre 1919 sicher nicht mehr als 700 000 Schweine auf den Schlachthöfen zur Abschachtung gelangt. Von diesen geringen Schlachtungen werden vorweg die Krankenhäuser, die Murrfabriken und die Truppenverbände beliefert. Was danach für die Fleischkarteninhaber übrigbleibt, kann sich jeder selber ausmalen.

Wie gering die Schlachtungen im Vergleich zum Bestand sind, erkennt man an folgendem Vergleich: Im Jahre 1918 hatten wir in Deutschland einen Schweinebestand von 25,6 Millionen. Davon kamen im selben Jahre zur Abschachtung 17,8 Millionen Stück oder rund 70 Prozent des Bestandes.

Wollte man für 1919 denselben Prozentsatz zugrunde legen, dann müßte die Zahl der Schlachtungen nicht 700 000, sondern weit über 7 Millionen Stück betragen. Allerdings ist nur zu bemerken, daß aus mehrfachen Gründen unter den jetzigen Verhältnissen der Prozentsatz der Schlachtungen ein geringerer sein muß. Einmal ist die Zahl der Mutter Schweine verhältnismäßig höher geworden, dann wird die Schweinemast wegen Mangels an Kraftfutter nicht mehr so intensiv betrieben wie 1918. Das Ausfallen von sieben Millionen Schweinen kann aber damit nicht erklärt werden. Dafür gibt es nur eine Erklärung: die

vollständig unzureichende Erfassung

der Schlachtschweine und die in demselben Maße zunehmende Zahl der Schwarzschlachtungen. Nur ein ganz geringer Bruchteil der geschlachteten Schweine wird erfasst, der übrigen bemächtigt sich der Schleichhandel. Von einer Zwangswirtschaft kann bei diesen Zahlen nicht mehr geredet werden.

Die Gründe liegen auf der Hand. Für Ferkel werden heute schon vielfach höhere Preise angelegt, als für ein Schlachtschwein bei der Ablieferung an den Viehhandelsverband zu erwarten ist. Natürlich werden solche Preise nur angelegt in der sichern Erwartung, daß die Schweine nicht zur Ablieferung gelangen. Die auf Schwarzschlächtereien und Schleichhandel angedrohten Gefängnisstrafen haben nicht vermocht, die Ablieferung zu erhöhen. Die Zahl der offiziell und öffentlich geschlachteten Schweine geht zurück. Dafür wird hinten herum der Schweinemord nun so eifriger betrieben.

Mit Strafordrohungen ist also dieser Erscheinung nicht beizukommen. Ein besseres Mittel glaubt man jetzt in dem Abschluß von Lieferungsverträgen gefunden zu haben, wie sie bereits in verschiedenen Landesteilen zustande gekommen sind. Allerdings räumen diese Verträge mit den Methoden der Viehhandelsverbände auf. Die Stadtverwaltungen überweisen den Schweinezüchtern Futtermittel. So beispielsweise die Stadt Braunschweig für ein Schwein von 180 Pfund Mindestgewicht 5 Zentner Kraftfutter. Der Preis für ein solches vertraglich zu lieferndes Schwein beträgt 400 Mark pro Zentner. Der Verkaufspreis für Schweinefleisch stellt sich dadurch allerdings höher als der eingangs erwähnte Preis für nur theoretisch zu habendes Fleisch, dafür gibt es aber auch Fleisch. Vielleicht wird das Pfund genau doppelt so teuer, also für 7,20 Mark abgegeben werden. Immerhin ist der Preis für dieses aus dem Lieferungsvertrag stammende Fleisch immer noch um 50 Prozent niedriger als der des aus dem Ausland bezogenen Schweinefleischs. Dieses ist der Weg, auf dem weitergegangen werden muß. Statt der heute nur noch auf dem Papier stehenden öffentlichen Bewirtschaftung der Schweinefleischlieferungsverträge, zu deren Durchführung den Städten allerdings die Futtermittel überwiehen werden müßten.

Die jetzigen niedrigen Preise sollten die Schweinezucht möglichst niedrig halten. Diesen Zweck haben sie nicht erreicht. Die Zahl der Schweine dürfte

heute wieder 12 Millionen

betragen. Der Gefahr, daß den Schweinen unser Brotgetreide verfault, kann aber wieder nur begegnet werden durch Lieferung von Futtermitteln. Volkswirtschaftlich ist es ganz gewiß vorteilhafter, Futtermittel einzuführen als Fleisch. Benutzen die Städte oder das Wirtschaftsministerium die Futtermittel zum Abschluß von Lieferungsverträgen, dann bekommen die Städte auch wieder Schweinefleisch. Den direkten Austausch zwischen Schweinezüchtern, Genossenschaften und den Konsumenten können die Städte mit ihren Fleischversorgungsämtern sehr gut bewerkstelligen. Der nur vertenernd wirkende Zwischenhandel braucht bei dieser Handhabung gar nicht in Funktion treten. —

Das belgische Abkommen.

In die Auslieferungsfrage spielt ein Abkommen mit Belgien hinein, das zur Fertigstellung vorbereitet war und das durch die Ueberreichung der Auslieferungsliste wahrscheinlich hinfällig geworden ist. Die deutsche Regierung sollte sich in dem Abkommen verpflichten, die erheblichen in Belgien umlaufenden Marktbeträge zu einem außerordentlich hohen Kurse, nämlich dem Zwangskurs der Kriegszeit, nach Ablauf einiger Jahrzehnte zurückzukaufen bzw. einzulösen, wodurch das Reich mit einer neuen Schuldlast von Milliarden beladen wurde. Der an sich finanziell sehr ungünstige Vertrag war vom deutschen Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium nur deshalb bekräftigt worden, weil die unterhandelnden belgischen Minister formell zugesagt hatten, die deutschen Geschäfte in Belgien würden nicht liquidiert werden und Belgien werde die Auslieferung keines Deutschen fordern. Beides hat Belgien nicht eingehalten. Vielleicht hat die belgische Regierung sich von den Verbündeten nicht trennen wollen, vielleicht auch hat sie ihr Versprechen so verstanden, daß sie die Auslieferungsforderung im Laufe der Verhandlungen wolle fallen lassen; wahrscheinlicher aber als alles andre ist, daß sie im Laufe der Entwicklung bemerkt hat, wie ausgezeichnet sich gerade die Auslieferungsforderung zu neuen Erpressungen gegen Deutschland werde ausnutzen lassen und daß sie diese Chance nicht weniger energisch wahrnehmen wollte als Frankreich oder England, jedenfalls noch ausdauernder, als das schon in dem deutsch-belgischen Finanzabkommen geschehen war.

Soweit hätte die Sache nichts Ueberraschendes. Die deutsche Regierung hat den ehrlichen Versuch gemacht, wenigstens gegenüber einem der Ententestaaten die unerfüllbare Bedingung des Friedensvertrags abzukaufeln, und dieser Versuch schien zuerst zu glücken, ist aber schließlich gescheitert.

Was dem versuchten deutsch-belgischen Abkommen eine innerpolitische Bedeutung gibt, ist lediglich die Tatsache, daß es von der deutschnationalen Opposition zu den ersten Angriffen gegen die Regierung ausgenutzt wurde. Obwohl alle Unterrichteten wußten, um welcher Zusagen willen Deutschland diese Verpflichtungen abgeben hatte, wurde es von Herrn Dr. Helfferich in seiner großen Verteidigungs- oder Anklagerede vor Gericht (Flugblatt Nr. 49) und allen „patriotischen“ Blättern so hingestellt, als ob der berüchtigte Erzberger in seinem bodenlosen Leichtsinne, seiner unermesslichen Unwissenheit oder seinem planmäßigen Landesverrat den Belgiern grund- und zwecklos ein Milliardenangebot auf Kosten Deutschlands gemacht hätte. Dabei wußten die Verleumder natürlich ganz genau, daß lediglich zum Schutze Deutschlands gegen die Gefahren der Auslieferungsklausel und damit auch zur Rettung von etwa 300 deutschnationalen Parteigängern der Finanzminister in diesen sauren Apfel gebissen hatte. Gerade weil diese Herren wußten, welche Bewandnis es mit diesem Abkommen hatte, konnten sie ja mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Erzberger und Robert Schmidt niemals öffentlich auftreten und sagen würden: wir haben Belgien die auszuliefernden Kriegsschuldigen abgekauft. Mit einer solchen Erklärung wäre natürlich die Vollziehung des Vertrags durch Belgien unmöglich geworden, und deshalb mußten die Minister die deutschnationalen Verleumdungen ruhig über sich ergehen lassen, ohne daß sie sich dagegen hätten wehren können.

Wie in diesem Falle, so liegt es natürlich in unzähligen andern. Die Regierung muß aus allgemeinen Rücksichten über schwelbende Verhandlungen und Erwägungen oder über die wahren Gründe mancher Schritte schweigen, und eine Opposition mit Ehre und Gewissen achtet in solchem Falle ihre Zurückhaltung und bringt die Regierung nicht in die Zwangslage, entweder Verleumdungen ungestraft ins Land gehen zu lassen oder zum Schaden des Ganzen Staatsgeheimnisse preiszugeben. Aber die Opposition unserer äußersten Rechten und Linken ist gewissenlos und demagogisch und hält gegen die verbaute Regierung jedes Mittel für erlaubt.

Was Deutschland schon leistete.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ behauptete sich Reichsminister des auswärtigen Hermann Müller gegen die in der Ententepresse immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle, daß es bisher so gut wie nichts geleistet habe und daß es, wo es sich um eine unangenehme Leistung handele, den Vertrag nicht anerkennen wolle. Der Minister bezeichnete diese Behauptungen als grotesk unrichtig und bezückerie, daß man sich weder in Deutschland noch sonst in der Welt genügend

Nach darüber sei, welche ungeheuern Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und Friedensvertrag Deutschland bereits erfüllt hat.

Nach Schätzungen, die von den ausländischen deutschen Zentralstellen aufgestellt worden sind, und bei denen, so gut dies möglich war, der Wert im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung auf Goldmark geschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden:

1. Saargruben	1 000 Mill. Goldmark
2. Liquidationen deutscher Unternehmen im Ausland	12 000 „
3. Reichs- und Staatsbesitz in den abgetretenen Gebieten	6 600 „
4. Handelsflotte	8 250 „
5. Naturalleistungen:	
a) Kohlen	240 „
b) Maschinen	150 „
c) Eisenbahnmateriale	750 „
d) Stabel	68 „
6. Zurückgelassenes Staats- und Seeresigentum, soweit es nicht unmittelbaren Kampfscharakter trägt	7 000 „
7. Mitherrige Kosten für das Besatzungsheer	666 „

Die Summe dieser Leistungen beträgt 30 722 Mill. Goldmark. Hierzu kommen die bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen von Vieh im Werte von 300 Millionen Goldmark und von Karbstoffen im Werte von 200 Millionen Goldmark sowie die Forderungen gegen Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 7000 Millionen Goldmark. Ausdrücklich hervorzuheben sei, daß bei diesen Ziffern die zurückgelieferten Werte, Bargeld, namentlich die belgischen Depots, Effekten usw. im Betrage von 4800 Millionen Goldmark, nicht mitgerechnet worden sind. Wer die Zahlen unbefangen prüft, der kann unmöglich leugnen, daß Deutschland schon jetzt bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit bestrahlt gewesen ist, den durch den Krieg entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Der Minister schloß: „Wir sind auch weiter bereit, nach Kräften zu leisten; aber die Voraussetzung dafür sind die Ausrechterhaltung und Stärkung der eignen Volkswirtschaft. Eine zerrüttete Volkswirtschaft kann nicht die schweren Lasten der Wiedergutmachung erfüllen. Die deutsche Volkswirtschaft braucht dringend Kredite und Rohstoffe.“ —

Das Parlament einverstanden.

Der parlamentarische Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um zur Auslieferungsfrage Stellung zu nehmen. An den Beratungen, die streng vertraulich waren, nahmen eine Reihe von Ministern, darunter der Minister des Auswärtigen, Herrmann Müller, und der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer teil. Am Schluß der Verhandlungen faßte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Scheidemann, das Ergebnis der Sitzung nach einer amtlichen Mitteilung folgendermaßen zusammen:

„Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuß sich in der Auslieferungsfrage einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorhergehenden Schritten der Regierung. Der Ausschuß erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.“

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, wird Berlin am Dienstag verlassen und sich nach Paris begeben. Er konferenzierte längere Zeit mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen. Es ist als sicher anzunehmen, daß Dr. Mayer bestimmte Instruktionen von der Regierung erhalten hat.

Der Reichsminister des Auswärtigen hatte eine Unterredung mit dem bisherigen Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn v. Versner. Dieser erstattete dem Minister Bericht über die Tätigkeit in der letzten Zeit seiner Anwesenheit in Paris und über die Vorgänge, die sich bei der Ueberreichung und Zurückgabe der Auslieferungsliste zugetragen haben. —

Anabhängige zur Auslieferung.

Die seit Montag wieder erscheinende „Freiheit“ bringt die Stellungnahme der Unabhängigen zur Auslieferungsforderung zum Ausdruck. Der Artikel, der überschrieben ist „Unverstand und Wahnsinn“ bezieht sich sowohl auf die Entente-regierungen wie die deutsche Regierung, nach den Worten der Ueberlieferung zu handeln.

Gegen die Entente werden sehr scharfe Töne angeschlagen. Es heißt u. a.:

Unverstand und Ungerechtigkeit beherrscht die Entente-regierungen, daß sie auf ihrem Schlußstein bestehen und ihr Auslieferungsgeschehen in solchem Umfang und in solch unerfüllbarer Art stellen.

Weiter bestätigt die „Freiheit“, daß auch die Unabhängigen zu der Unparteilichkeit dieses Ententegerichts kein Vertrauen haben könnten, und daß die Entente alle Gebote der Gerechtigkeit verleiht, wenn sie kein unparteiisches Gericht gewährt. Das Vorgehen der Entente wird von der „Freiheit“ ein „Verbrechen gegen die Gerechtigkeit“ genannt, und schließlich gibt die „Freiheit“ auch zu, daß weder die jetzige deutsche Regierung noch irgendeine andre in der Lage wäre, auch unter den stärksten Druckmitteln die Auslieferung tatsächlich zu bewerkstelligen.

Trotz aller dieser Zugeständnisse will aber die „Freiheit“ dennoch die Schuld an der jetzigen Situation auf die deutsche Regierung wälzen, weil diese nicht schon längst die Schuldigen von deutschen Gerichten zur Verantwortung gezogen habe. „Sie hat es nicht getan in der ersten Zeit der Revolution und auch später nicht.“

Von der ersten Zeit der Revolution sollten die Unabhängigen stets nur mit Vorsicht sprechen. Es könnte doch mal jemand einfallen, daß sie damals auch in der Regierung saßen und in den zwei Monaten ihrer Regierungszeit auch keinen Finger zur Bestrafung der Schuldigen gerührt haben.

Also reden wir im eignen Interesse der Unabhängigen nur von später. Da haben zunächst von Januar bis Juni Unabhängigen und Spartakisten in fortwährendem Ausschreien solche Unruhe in Deutschland verbreitet, daß die Regierung wahrhaftig andre Sorgen im Kopfe haben mußte.

Dann kam Versailles. Nur ganz nebenbei sei betont, daß der Friedensvertrag die Auslieferung an die Entente fordert. Ausdrücklich ohne Rücksicht darauf fordert, ob die Schuldigen bereits in Deutschland bestraft sind oder nicht. Eine Bestrafung durch Deutschland hätte also nur moralische, keine rechtlichen Folgen haben können.

Trotzdem wäre es natürlich gut gewesen, wenn man der Entente gegenüber auf bereits erfolgte Bestrafungen hätte hinweisen können, dann hätte Deutschland eben im jetzigen Augenblick einen moralischen Trumpf mehr gehabt. Das hat auch die deutsche Regierung gewußt und deshalb hat sie unablässig — was die Unablässigen nicht zu wissen scheinen oder nicht wissen wollen — bei der Entente darauf gedrängt, man möchte ihr die Liste der Schuldigen sowie ein Verzeichnis der Aufschuldigungen zukommen lassen, damit hierorts eine Strafverfolgung einsetzten könnte.

Aber die Entente ihrerseits wollte Deutschland diesen Trumpf nicht vergönnen; sie hat deswegen die Angabe der Schuldigen und den Namen, deren sie beschuldigt würden, nicht abgegeben.

Was sollte die deutsche Regierung in dieser Situation tun? Sollte sie gegen irgendwelche Leute aus Geradenwohl Anklage erheben? Die Entente hätte natürlich erklärt, daß dies nicht die richtigen gewesen seien und hätte womöglich noch beschuldigt, die deutsche Regierung habe ein paar Säudenbünde für die wirklich Schuldigen schlachten wollen. Denn das wäre doch klar gewesen, daß die deutsche Regierung nur Leute unter Arrest stellen konnte, die sie selber eines wirklichen gemeinen Verbrechens für schuldig hielt, und nicht Leute, von denen man in der Schuld an gemeinen Kriegsverbrechen jeder Mann in Deutschland überzeugt ist, wie Beihmann, Hoffweg, Sinnenburg und Madenier.

Wie hätte ferner die deutsche Regierung Beweise erheben sollen? Die Grenzen nach den Ländern, in denen Krieg geführt worden ist, waren bis zum Austausch der Ratifikationsurkunden, das heißt bis vor wenigen Tagen, hermetisch gesperret. Die wichtigsten Zeugen gegen Leute, die im Kriege gerammt, geplündert oder gestohlen haben, sind aber doch die Besatzungen selber, die Einwohner des betroffenen Landes. An diese Zeugen wendete die deutsche Regierung gar nicht heran. Sie war in vielen Fällen dadurch in die lächerliche Lage gekommen, wirklich Schuldige wegen Mangels an Beweisen freisprechen zu müssen. Und das wäre natürlich viel schlimmer gewesen in der Wirkung auf das Ausland, als wenn man gar nicht erst verhandelt hätte.

Die der deutschen Regierung zugeschobene Schuld, daß sie noch nicht aus eignen Antrieb die Kriegsverbrecher abgemalt hätte, ist also bei genauerem Hinsehen auch nur eine Schuld der Entente, die der deutschen Regierung alle Möglichkeiten zur Durchführung eines solchen Verfahrens verweigert hat. —

Französische Proteststimmen.

Die „Humanité“ erklärt: Viele Personen der alten und neuen Welt, selbst die außerhalb des Sozialismus stehend, beurteilen den Vertrag von Versailles und erklären ihn für unausführbar. Vor wenigen Tagen hat Asquith in Paris erklärt, die Revision des Vertrags sei unvermeidlich. Die öffentliche Meinung Deutschlands, nicht nur der rechten, sondern auch der andern Fraktionen, stünde der Auslieferung feindselig gegenüber. Die Alliierten seien durch den Vertrag demoralisiert, aber nicht bewußt vor dem menschlichen Gewissen. Sie hätten für sich den Wuchstaben eines Vertrags, den sie mit Gewalt diktieren hätten, aber sie hätten gegen sie die nicht geschriebenen Gesetze, von denen der große griechische Tragiker sprache.

Der „Populaire“ wendet sich in schärfster Weise gegen das Auslieferungsverlangen und stellt fest, die Erklärung seines im Reichsrat sei eine Kundgebung, die man nicht als theatralisch bezeichnen dürfe, sie entspreche jeder einem tiefen, allgemeinen Gefühl, und die alliierten Regierungen müßten einen schweren und unbergelichen Fehler begehen, wenn sie die Tragweite unterschätzten. Man dürfe nicht umsonst an die Gerechtigkeit der Welt appellieren. Welche Verbrecher auch die Militär- und Zivilbehörden des kaiserlichen Deutschlands gemein seien, welchen Anteil von Verantwortung sie auch mit anderen an der Erdrosselung der Völker trügen, sie hätten doch ein Recht auf die Gerechtigkeit. Der Artikel 23 sei keine Grundfeste, die man nicht bergessen und mit Füßen treten dürfe, ohne daß das Weltgewissen dadurch Schaden erleide. Der Artikel sei tatsächlich und rechtlich unausführbar. Man könne nicht Richter und Partei in einer Angelegenheit sein.

Die Pariser „Lanterne“ schreibt: „Ist man bereit, selbst bis zur vollständigen Befreiung Deutschlands zu gehen, um die Hand auf die Angeklagten zu legen, die sich aber trotzdem erheben könnten? Glaube man die Wochende wieder aufzurichten zu können, die keine andre gültige Entschuldigungs habe, als daß Recht legitimer und gebieterischer Verteidigung? In dieser Falle dürfte man nicht vergeffen, bevor man sich auf ein solches Abenteuer einlasse, daß nur wenige Staaten sich darauf effektiv beteiligen würden, daß dies das beste Mittel sei, Frankreich selbst ins Elend zu stürzen. Die Entscheidungen, die man aber in der Annahme, daß Deutschland nichts auszuhalten werde, auf die eine oder die andre Weise treffen, würden schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. Die Deutschen behaupten heute, die Klausel der Auslieferung sei nicht gültig, weil sie unter dem Druck der Gewalt erzwungen worden sei. Das sei das große Argument: Wichtigkeit wegen Anwendung von Gewalt. Das sei indessen die Geschichte fast aller Verträge, die die Sieger den Besiegten aufzuzwingen. Als Frankreich 1871 die Elsaß-Lothringen abgetreten habe, habe es sich in einem ähnlichen Falle befunden.“

Selbst der „Temps“ führt in seinem Leitartikel zu der Auslieferungsfrage eine verhältnismäßig gemäßigtere Sprache. Um die Auslieferung zu rechtfertigen, behauptet er, daß Deutschland selbst nicht nie man die Mut habe, die wahren Schuldigen vor die Schranken des Gerichts zu ziehen. Das Blatt erinnert vor allem an den Prozeß Marlo, der bewiesen habe, daß in Deutschland nach wie vor die Militaristen und Alldenken die wahren Herren seien. Da in Deutschland es niemand wage, gegen diese vorzugehen, ist es Pflicht der Alliierten, hier reinen Tisch zu schaffen. —

Rali für Brot.

Um seine Bevölkerung ernähren zu können, muß Deutschland Lebensmittel einführen. Es braucht jetzt jährlich 58 Millionen Doppelzentner Getreide, hat aber im letzten Jahre nur 25 Millionen Doppelzentner geerntet; 33 Millionen Doppelzentner fehlen also. Diese Menge könnte Deutschland mit Mexiko beziehen, wo die Ernte im Jahre 1919 über Ernterwartung günstig ausgefallen ist. Statt durchschnittlich 215 Millionen Doppelzentner hat die Ernte im letzten Jahr in Mexiko 250

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. Februar 1920.

Sabotage der Agrarier.

Warum wird noch kein Getreide geliefert? Liefert alle verfügbaren Produkte der letzten Ernte ab, fördert die Produktion unserer Landwirtschaft in diesem Jahre, diese Forderungen stellt die Regierung und alle einsichtigen Politiker an die Landwirte und Landarbeiter. Wird die erste Forderung erfüllt? Nein! Die Preise für Getreide und Kartoffeln sind am 1. Januar erhöht worden, weil die Dreieck- und Anfuhrkosten und auch die Löhne gestiegen sind. Damit haben wir uns abgefunden. Warum nun trotzdem nicht genügende Ablieferung von Getreide, daß die Rekrutierung wieder gelindert werden muß. Muß das Elend in der Familie immer wieder gesteigert werden? Wo liegen die Ursachen? Kann nicht gebrochener werden? Vorsehen Transport- und Vertriebsprobleme? Fehlt es an Arbeitskräften? Nein und abermals nein! Spartakus von rechts treibt Sabotage, ihm gefällt es nicht, daß sein Bruder von links mit seinen Putschern keinen Erfolg hat. Nun will er nachhelfen,

das Volk zur Verzweiflung zu treiben.

Arbeiter, Genossen, durchschaut die Absicht! Die pommerischen Junker waren dumm genug, als sie mit ihrer Maßregelung der Arbeiter uns zeigten, was sie wollen. Hier hat die Regierung die Pflicht, mit eisernem Degen für Meinlichkeit zu sorgen. Der Reichswehrminister hat ja auch die Maßnahmen für ungünstig erklärt.

Aber auch im Bezirk Magdeburg-Anhalt haben es schon einige Großgrundbesitzer versucht, die Verhältnisse der Landarbeiterverband zu befechten. Der Herr im-Hause-Standpunkt, die frühere Diktatur, sie können beides nicht vergessen. Sie wollen mit allen Mitteln den Unfrieden in der Bevölkerung steigern, nur ihre Interessen fördern. Deshalb die Sabotage der Lieferrungsverpflichtung. Man komme nicht mit der Rede, der Getreideertrag wäre zu niedrig gewesen. Schon hängen sich in den agrarischen Zeitungen die Angebote von teurem Saatkartoffeln, zu Speisekartoffeln sind keine vorhanden. Für Getreide ist hier auf gutem Vorkommen, wie mit einige Landwirte sagten, ein Ertrag von 8 bis 11 Zentner pro Morgen angelegt worden. Jeder Kenner der Landwirtschaft weiß aber, daß trotz des Mähdrahts der Produktion immer noch mehr geerntet worden ist, so daß nach Abzug von Saatgetreide mehr, wie angegeben, abgeliefert werden kann.

Aber auch diese Erträge sind noch lange nicht geliefert. Die Gemeindeverwalter und Vertreter der Landarbeiter in allen Orten haben die Pflicht, hier einmal Ordnung zu schaffen. Sie kennen doch ihre Pflichten gegenüber der Gemeinde.

Aber auch die Landwirte dürfen nicht warten, bis Angehörigkeiten gemeldet werden, sondern haben ebenfalls für Kontrolle der Landwirte zu sorgen. Man hat Mühlens- und Molkereikontraktoren angestellt. Noch besser aber sind die Kontrolleure, die alle

Ablieferungen zu erzwingen haben.

Die Herren wollen es nicht besser, sie wollen die Diktatur der Minderheit, sie preisen auf alle Regierungsmassnahmen, sie kümmern nicht das Elend des Volkes, sie sehen nicht die Minderwertigkeit der Westfälischen. Derweil höhnen sie noch in ihrer Weise über die Unfähigkeit der jetzigen Regierung und der Sozialdemokraten. Deshalb so schnell wie möglich auch Maßnahmen gegen Spartakus von rechts, seinen Uebermut zu bannen.

Mit dem festen Willen und der Einigkeit der Verbraucher in den Städten und den Landarbeitern wird es gelingen, diejenigen Landwirte, die heute noch nicht wissen, was notwendig ist, zu zwingen, auch ihrerseits Opfer zu bringen. Beim hiesigen Oberpräsidium befinden sich Vertreter der Verbraucher und der Landwirte, warum wird von hier aus nicht einmal versucht, die Zustände zu bessern? Vertreter beider Organisationen müssen diese Dinge besprechen unter Hinzuziehung von Arbeitern, welche die Landwirtschaft kennen.

G. Verwid.

Verlorne Millionen in der Sozialversicherung.

Infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen sind auch die Einrichtungen der deutschen Sozialversicherung, z. B. die Landesversicherungsanstalten für die Alters- und Invalidenversicherung, die Krankenkassen usw., finanziell schwer geschädigt. Nicht nur die Versicherer selbst nehmen die Einrichtungen mehr in Anspruch, auch die Angehörigen der gefallenen Versicherer erhalten neben der Militärversorgung die Hinterbliebenenrenten aus der Invalidenversicherung; die Invaliden Kriegsbekämpften erhalten neben der Militärversorgung die Invalidenrente auf Grund der geleisteten Beiträge. Schon Geheimrat Düttmann (Oldenburg) klagte in Leipzig auf dem Ortskrankentag über den jetzigen schlechten finanziellen Stand der Einrichtungen für die Invalidenversicherung, die in der 2. Klasse angerechnet wird auf 800 Millionen Mark geschätzt. Die Erhöhung der Renten zahl kostet rund 160 Millionen Mark. Der Zuschuß für Invaliden mit 20 Mark und für Witwen mit 10 Mark pro Monat wird bis Ende 1920 mit 650 Millionen Mark veranschlagt. Die Aufkosten sind über doppelt so hoch wie vor dem Kriege; ganz außerordentlich sind natürlich auch die Verwaltungskosten infolge der erhöhten Beamtensoldung gestiegen, worüber leider Angaben fehlen.

Sinnvoll kommt nur eine bedeutende Mindererinnahme an Beiträgen, die allein 1918 rund 23 Millionen Mark weniger betrugen als im Jahre 1919. Jetzt wird allerdings mit einer kleinen Steigerung gegenüber 1918 zu rechnen sein; die aber bei der Gesamtlage ein geringer ist.

Zu alledem kommen noch große Verluste infolge Kursrückgangs der Kriegsanleihen, die von allen Landesversicherungsanstalten sowie den anderen Trägern der Sozialversicherung in hohem Maße gekauft worden sind. Mit mehr oder minder sanftem Druck hat man damals die Versicherungsanstalten, Krankenkassen usw. zum Kaufen von Kriegsanleihe veranlaßt. Der sanfte Druck ist vor Erfolg begleitet gewesen, weil erklärt wurde, die Kriegsanleihe ist mündelsicher. Wir haben uns alle breitbesprochen lassen, mit dem Erfolg, daß die „Mündel“, d. h. die Versicherer, an diesen Papieren mindestens 20, im Durchschnitt aber 25 bis 30 Prozent der gezeichneten Summe als Kursverlust buchen können. Allein die Landesversicherungsanstalten haben, wie Landesrat Seelmann (Oldenburg) mitteilt, über

400 Millionen Mark Kursverlust

zu verzeichnen. Eine erschreckend hohe Summe, wenn man bedenkt, wie die Beiträge von Versicherer und Arbeitgebern pfennigweise geleistet werden, und welche niedrige (auch heute trotz der Zuschüsse) durchaus ungenügende Leistungen die Alters- und Invalidenversicherung gab und noch gibt.

Und der Kursverlust der Krankenkassen? Er ist vorläufig nicht festzustellen, da eine Zusammenstellung der von ihnen angelegten Summen in Kriegsanleihe fehlt. Man kann aber bei den Tausenden von Kassen auch auf Hunderte von Millionen Mark Kursverlust rechnen, wenn man bedenkt, daß eine Kasse, welche eine halbe Million gezeichnet hat, schon über 100.000 Mark Kursverlust buchen kann und muß, wenn sie die Papiere verkaufen muß! Für Kassen und Anstalten, welche ihre Papiere infolge schlechter Finanzlage jetzt verkaufen müssen, macht sich die Einbuße jetzt fühlbar, die anderen spüren den Verlust noch nicht, solange sie die Zinsen der Kriegsanleihe noch erhalten! Aber später!

Insgesamt sind nach einer Aufstellung von den Trägern der Sozialversicherung sowie den Kreditgenossenschaften und Sparkassen rund

2 1/2 Milliarden Mark Kriegsanleihe

gezeichnet worden. Summen von schwindender Höhe müssen da als Kursverlust gebucht werden.

Nicht nur die Festlegung der Gelder auf 80, mindestens auf 20 Jahre, sondern auch die schlechten Erfahrungen bei der Kriegsanleihe werden trotz der Versicherung, daß auch die neue Reichssparprämienanleihe mündelsicher sei, verhindert haben, daß Träger der Sozialversicherung hier Gelder gezeichnet haben.

Die durch den Krieg herbeigeführte schlechte finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalten drängt natürlich zu einem durch Erhöhung der Beiträge zu schaffenden Ausgleich. Von allen Seiten kommen solche Forderungen. So hat auch die Landesversicherungsanstalt Thüringen den Vorstand beauftragt, bei den maßgebenden Stellen, insbesondere auch bei den thüringischen Regierungen, dahin zu wirken, daß so bald als möglich durch ein Notgesetz die

Beiträge erhöht und neue Lohnklassen

aufgebaut werden. Eine ähnliche Entscheidung hat der Ausschuss an die Nationalversammlung gerichtet.

Die Versicherer müssen sich also damit abfinden, daß sie mehr Beiträge leisten müssen. Aber Blickwerk hat hier wirklich keinen Zweck. Die Lohnklassen und die ganze Einteilung sind ungenügend. Man sorge für richtigen Ausbau durch Zusammenlegung mit der Angestelltenversicherung; erlasse so alle gegen Lohn oder Gehalt arbeitenden Personen in einer Versicherung; man führe an Stelle der jetzigen Beamten- und buraufständischen Leitung, bei der Reform auch eine tatsächliche Selbstverwaltung der Versicherten ein (wie bei den Krankenkassen).

Aber zunächst war es Pflicht, an diese Kriegskopfer, die von der Sozialversicherung getragen werden müssen, zu erinnern.

Eisenbahnerverband und Betriebschließung.

Die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes richtet an der Spitze ihrer Verbandszeitung einen Aufruf an die organisierten Eisenbahner, dem wir diese Sätze entnehmen:

„Die gegenwärtige Situation veranlaßt uns, ein ernstes Wort an alle Mitglieder zu richten. Die Kriegsstürme der letzten 6 Jahre haben den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft gebracht und die mitarbeitende Bevölkerung dem größten Elend preisgegeben. Der Eisenbahnbetrieb ist das Blut in der Volkswirtschaft, kommt es zum Stillstand, dann ist das Ende da. Wie sehr das der Fall ist, beweisen die Notstände aus allem Teilen des Landes, weil durch die letzten Eisenbahnstriebe im Westen die Kohlerzufuhr stark beeinträchtigt wurde. Es fehlt vielfach an Kohlen zur Herstellungs von Gas und Elektrizität und, was noch schlimmer ist, es fehlt am Hausbrand. Dadurch wird in der Öffentlichkeit eine Stimmung erzeugt, die der Durchhebung der berechtigten und auch durchführbaren Forderungen hinderlich ist. Gewerkschaftliche Kämpfe auf Besserung der Existenzverhältnisse können nur erfolgreich geführt werden, wenn die öffentliche Meinung ihnen nicht von vornherein feindselig entgegentritt. Das Streikrecht haben wir uns erkämpft, an ihm halten wir fest und wir machen davon Gebrauch, wenn die Verhältnisse es erfordern; aber wir können nicht zulassen, daß diese schärfste Waffe durch Teufelskulte aller Art stumpf gemacht wird.

Wenn der Kampf mittels Arbeitslosigkeit, passiver Resistenz oder in irgendeiner Form aufgenommen werden soll, kann einzig und allein von der verantwortlichen Verbandsleitung entschieden werden. Sind unsere Mitglieder anderer Meinung, dann befinden sie sich im Widerspruch mit den gewerkschaftlichen Grundbegriffen und führen durch ihre auf Teufelkulte gerichtete Tätigkeit nicht nur den Zusammenbruch des Verbandes, sondern auch unumkehrbaren Schaden für Tausende von Familienbütern herbei.

Ein weitläufiges unerfreuliches Ergebnis der Teufelkulte bilden die Gegenmaßnahmen der Verwaltung und Regierung. Vor allem ist es die Schließung der Werkstätten, die unübersehbares, neues Elend bringt. Nun kommen die davon betroffenen und verlangen die Unterstützung der verantwortlichen Verbandsinstanzen, die vorher nicht nur nicht gefragt, sondern für ihre Warnung als unfähig gebrandmarkt wurden.

Angeichts dieser Zustände ist der Vorstand zu der Heberzeugung gekommen, daß es so nicht weitergehen kann. Es

Aquis submersus.

(In den Blüten versunken.)

Novelle von Theodor Storm.

(8. Fortsetzung.)

Als Katharina mir dem Brief an ihre Base eingeschrieben, sah sie noch einmal mir gegenüber. Es wurde heute mit Worten nicht gespielt; wir sprachen ernst und sorgenvoll mitjammernd, in dessen jede ich noch nie und da den Pinsel an, mitunter meinte sie auf die schweigende Gesellschaft an den Wänden wendend, deren ich in Katharinens Gegenwart sonst kaum gedacht hatte.

Da, unter dem Malen, fiel mein Auge auch auf jenes alte Frauenbildnis, das mir zur Seite hing und aus dem weißen Schleierbücheln die stechend grauen Augen auf mich gerichtet hielt. Mich fröstelte, ich hätte nahezu den Stuhl verdrückt.

Aber Katharinens süße Stimme drang mir in das Ohr: „Ihr seid ja fast erbleicht; was slog Euch übers Herz, Johannes?“

Ich zeigte mit dem Pinsel auf das Bild. „Kermt Ihr die Katharina? Diese Augen haben hier all die Tage auf uns hingesehen.“

„Die da? Vor der hab' ich schon als Kind eine Furcht gehabt, und gar bei Tage bin ich oft wie blind hier durchgelaufen. Es ist die Gemahlin eines früheren Verharbuss; vor weit über hundert Jahren hat sie hier gehaust.“

„Sie gleicht nicht Eurer schönen Mutter“, entgegnete ich; „dies Antlitz hat wohl vermocht, einer jeden Bitte nein zu sagen.“

Katharina sah gar ernst zu mir herüber. „So heißt's auch“, sagte sie; „sie soll ihr einziges Kind verflucht haben; am andern Morgen aber hat man das blasse Fräulein aus einem Gartenteich gezogen, der nochmals zugebaut ist. Hinter den Becken, dem Walde zu, soll es gewesen sein.“

„Ich weiß, Katharina; es wachse heut' noch Schachtelhalm und Winjen aus dem Boden.“

„Wisset Ihr denn auch, Johannes, daß eine unseres Geschlechtes sich noch immer zeigen soll, sobald dem Hause Unheil droht? Man sieht sie erst hier an den Fenstern gleiten, dann draußen in dem Gartenteich verblühen.“

Ohnmächtig wandten meine Augen sich wieder auf die unbeweglichen des Bildes. „Und weshalb“, fragte ich, „verfluchte sie ihr Kind?“

„Weshalb?“ — Katharina zögerte ein Weilschen und blickte mich fast verzirret an mit allem ihrem Liebreiz. „Ich glaub', sie wollte den Better ihrer Mutter nicht zum Ehgemahl.“

„War's denn ein gar so übler Mann?“

Ein Bild fast wie ein Flehen slog zu mir herüber, und tiefes Mosenrot bedeckte ihr Antlitz. „Ich weiß nicht“, sagte sie bestürzt; und leiser, daß ich's kaum vernennen mochte, sagte sie hinzu: „Es heißt, sie hab' einen andern liebgehabt; der war nicht ihres Standes.“

Ich hatte den Pinsel sinken lassen; denn sie sah vor mir mit gefenken Widen; wenn nicht die kleine Hand sich leis aus ihrem Schoße auf ihr Herz gelegt, so wäre sie selber wie ein leblos Bild gewesen.

So hold es war, ich sprach doch endlich: „So kann ich ja nicht malen; wolle! Ihr mich nicht ansehen, Katharina?“

Und als sie nun die Wimpern von den braunen Augen schenken hob, da war kein Schlenz mehr; heiß und offen gitt der Strahl zu meinem Herzen. „Katharina!“ Ich war aufgesprungen. „Sätte jene Frau auch Dich verflucht?“

Sie atmete tief auf. „Auch mich, Johannes!“ — Da lag ihr Haupt an meiner Brust, und fest umschlossen standen wir vor dem Bild der Ahnfrau, die kalt und feindselig auf uns niedersehauete.

Aber Katharina zog mich leis fort. „Daß uns nicht trocken, mein Johannes!“ sagte sie. — Mit selbigem hörte ich im Treppenhause ein Geräusch, und war es, als wenn etwas mit dreien Weimon sich mühselig die Stiegen heraufarbeitete. Als Katharina und ich uns deshalb wieder an unsern Platz geseht und ich Pinsel und Palette zur Hand genommen hatte, öffnete sich die Tür, und Bai' Ursel, die wir wohl auflacht erwarteten hätten, kam an ihrem Stroh bereingehüft. „Ich höre“, sagte sie, „Er will nach Hamburg, um den Rahmen zu besorgen, da muß ich mir nachgerade doch sein Werk versehen!“

Es ist wohl männiglich bekannt, daß alle Frauensamen im Liebesfinstern die allerfeinsten Sinne haben und so der jungen Welt gar oft Verdrang und Trübsal bringen. Als Bai' Ursel auf Katharinens Bild, das sie bisanher noch nicht gesehen, kaum einen Blick geworfen hatte, audte sie gar stolz empor mit ihrem runzeligen Angesicht und fragte mich allgleich: „Hat denn das Fräulein von so angesehen, als wie sie da im Wilde sitzt?“

Ich entgegnete, es sei ja eben die Kunst der edlen Malerei, nicht bloß die Abschrift des Gesichts zu geben. Aber schon mußte zu unsern Augen über Wangen ihr Sonderliches aufgefallen sein, denn ihre Wände gingen sprühend hin und wieder. „Die Arbeit ist wohl bald am Ende?“ sagte sie dann mit ihrer höchsten Stimme. „Deine Augen haben franksen Glanz, Katharina; das lange Sitzen hat Dir nicht wohl geteuen.“

Ich entgegnete, das Bild sei bald vollendet, nur an dem Gewande sei noch die und da zu schaffen.

„Nun, da brauchst Er wohl des Fräuleins Gegenart nicht

mehr dazu! Komm, Katharina, Dein Arm ist besser als der dumme Steden hiel!“

Und so muß' ich von der düren Asten meines Herzens halbwegs kleinem mir entführen sehen, da ich es eben mir gewonnen glaubte; kaum daß die braunen Augen mir noch einen stummen Abschied senden konnten.

Am andern Morgen, am Montag vor Johannis, trat ich meine Weise an. Auf einem Gauke, dem Dieltich mit besorget, trat ich in der Frühe aus dem Torweg; als ich durch die Tannenritt, brach einer von des Junkers Hundes herfür und fuhr meinem Lichte nach den Flecken, wann schon selbiges aus ihrem eigenen Falle war; aber der oben im Sattel sah, schien ihnen allzeit noch verdächtig. Stanten gleichwohl ohne Messur daran, ich und der Gaul, und langeten abends bei guter Zeit in Hamburg an. Am andern Vormittage machte ich mich auf und besand auch bald einen Schreiber, so der Silberleuten diese fertig hatte, daß man sie nur zusammenzustellen und in den Eden die Zieraten darauf zu tun brauchte. Wurden also handelsmäßig, und versprach der Meister, mir das alles wohlverpackt nachzusenden.

Nun war zwar im der berühmten Stadt vor einem Neubegierigen gar vieles zu besorgen: so in der Schiffer-Gesellschaft des Seeräubers Störtebeker silberner Becher, welcher das zweite Wahrzeichen der Stadt genennet wird, und ohne den gesehen zu haben, wie es in einem Bude heißt, niemand sagen dürfte, daß er in Hamburg sei gewesen; sodann auch der Wunderfisch mit eines Adlers richtigen Krallen und Fluchten, so eben um diese Zeit in der Elbe war gefangen worden und den die Hamburger, wie ich nachmalen hörte, auf einen Seejäger wider die türkschen Piraten deuteten; allein, obgleich ein rechter Reihender solcherlei Seltsamkeiten nicht vorbeigehen soll, so war doch mein Gemüte, beides, durch Sorge und von Herzensseinen, allzusehr beschwert. Derohalben, nachdem ich bei einem Kaufherrn noch meinen Wechsel ungeschied und in meiner Nachherbergen Nichtigkeit getroffen hatte, beschloß ich um Mittage wieder meiner Gaul und hatte sofort allen Lärmen des großen Hamburg hinter mir.

Am Nachmittage danach langete ich in Breech an, melbete mich im Stipite bei der hochwürdigsten Dame und wurde auch als bald vorgelesen. Ich erkannte in ihrer stattlichen Person allgleich die Schwester meines leuzeren seligen Herrn Verharbuss; nur, wie es sich an unverschämten Frauen oftmals zeigt, war die Bänge des Antlitzes gleichwohl strenger als die des Bruders. Ich hatte, selbst nachdem ich Katharinens Schreiben überreicht, ein lang und hart Grameu zu bestehen; dann aber bezüch sie ihren Verstand und sekte sich zu ihrem Schreibgeräte, indes die Magd mich in ein ander Zimmer führen mußte, allwo man mich gar wohl bewirtete.

(Fortsetzung folgt.)

handelt sich nicht mehr um Personenfragen, es handelt sich um den Bestand des Verbandes. Der Vorstand, der gemeinsam mit der Lohn- und Verhandlungskommission den materiellen Teil der Lohnverhandlungen zu einem günstigen Abschluß gebracht hat und neue erfolgreiche Aktionen vorbereitet, ist entschlossen, das Unheil von den durch die Schließung der Werkstätten betroffenen Mitgliedern abzuwenden; er ist aber ebenso rücksichtslos entschlossen, gegen alle Organisationszerstörer vorzugehen. Jeder Versuch, die Gewerkschaftsgrundsätze zu durchbrechen oder das Verbandstatut zu verletzen, wird künftig mit den schärfsten statistischen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Das gilt auch für die Zurückhaltung der Verhandlungsgelder, die laut Statut und Umrechnung der Hauptkassen gehören und in den Ortsgruppen widerrechtlich zurückgehalten werden.

Die Verbandsleitung fordert zum Schluß auf, die Geschlossenheit zu wahren und die gewerkschaftlichen Grundsätze zu beachten. Eine Aufforderung, von der man im Interesse der Eisenbahner sowohl als auch des gesamten Volkes nur wünschen kann, daß sie beachtet wird. Eine gewerkschaftliche und demokratische Regelung der Arbeitsbedingungen im Eisenbahnbetrieb wird dem Eisenbahner gerecht und bedeutet Sicherheit und Ruhe des Verkehrs. Damit ist auch dem Volksganzen am besten gedient.

Zur Schließung der Eisenbahnwerkstätten.

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten Salze und Duda macht den Unabhängigen aus parteipolitischen Gründen schwere Sorgen. Daß es zu dieser Schließung überhaupt gekommen ist, ist eine Folge der verwerflichen unabhängigen Politik. Das setzen die Arbeiter jetzt ein und laufen den Unabhängigen in harten Schritten nach. Darob großes Wehklagen bei diesen und Suche nach dem Schuldigen. Daß sie selbst daran die Schuld tragen, erkennen sie aber nicht oder wollen sie nicht erkennen, und darum geben sie den „Rechtssozialisten“ die Schuld, die ihnen ja der Ständebuch für alles sind, für wirtschaftliche Not so gut wie für Sturm und Hagelschlag.

In der unabhängigen „Volkszeitung“, die an Verdrehungen auch in ihren Betrachtungen über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten das menschenmögliche leistet, wird von spezialisierten Gut der Arbeiter über das Manko der rechtssozialistischen Regierungskreise“ und von der „großen Erbitterung der Eisenbahner“ geredet, die sich der Diktatur der Regierung“ hätten beugen müssen und „der Regierungswillkür ausgeliefert“ sein. Dabei weiß jedes Kind, daß sich, soweit von Jörn und Gut bei den Arbeitern die Rede ist, diese sich gegen die Unabhängigen und Kommunisten richten, die ihnen durch ihre unselbige Taktik erst alles Unheil eingebracht haben.

Nicht über die Diktatur der Regierung sind die Arbeiter empört, sondern über die Diktatur der Unabhängigen und Kommunisten, von der sie sich jetzt erlöst und befreit fühlen.

Die „Volkszeitung“ weiß nun zu erzählen, daß die ärztliche Parteileitung der alten Sozialdemokratie ihre Anhänger zu schützen suchte und daß sich als Folge davon, die indifferenten Arbeiter aus Furcht vor eventuellen Maßnahmen jetzt alle in der rechtssozialistischen Partei aufnehmen lassen“. Hornbrannt nennt das Blatt unsere Partei deswegen „Rechtssozialisten“. Sieh einmal einer an! Wenn die Arbeiter zu den Unabhängigen stoßen, dann sind sie „zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen“, wenn's aber ungekehrt geht, dann werden die Arbeiter beschimpft, wird ihnen nachgelegt, daß sie aus Furcht vor wirtschaftlicher Schädigung ihre politische Meinung verkaufen.

Das wird den Arbeitern über die braven Unabhängigen vollends die Augen öffnen und ihnen die Mittel zur Abwehr aus dem Phrasenbann der U. S. P. und der R. P. D. zur allen sozialdemokratischen Partei wesentlich erleichtern.

Die Beamten zur Auslieferungsfrage.

Wir haben gestern in einer kurzen Note mitgeteilt, daß die Beamenschaft des Oberpräsidiums erklärt habe, sich in keiner Weise dazu herbeizulassen, bei der Auslieferung mitzuwirken. Heute werden uns von den Beamten der Eisenbahnverwaltung, des Evangelischen Konsistoriums, des Landesfinanzamts, des Regierungspräsidiums Erklärungen zugesandt, die im gleichen Sinne gehalten sind. Eine solche Erklärung haben ebenfalls die Eisenbahnbeamten, wie uns mitgeteilt wird, abgegeben.

Die Polizeibeamten versammelten sich am Montag nachmittag in der Trainkaserne und nahmen nach einer Ansprache des Polizeipräsidenten eine Entschlüsselung an, in der ebenfalls zum Ausdruck kommt, daß die Beamten und Angestellten des Polizeipräsidiums sich darin einig sind, „daß ein solches Gesuchen (bei der Auslieferung mitzuwirken) auch ihrerseits bis zum letzten Mann abgelehnt wird“. Nach der „M. Bzg.“ hat der Polizeipräsident in seiner Ansprache unter anderem ausgeführt: „Keinen preussischen Beamten dürfe es geben, der seine Hand zur Mithilfe an der Auslieferung herbeibringe. Ebenso wie sich kein Eisenbahnbeamter bereit finden würde, deutsche Volksgenossen an die Grenze zu bringen, so dürfe sich kein Polizeibeamter als Scherge der Entente zur Verfügung stellen. Seine Stellungnahme präziserte er dahin, daß es ihm, solange er Polizeipräsident sei, niemals einfallen würde, einen derartigen Befehl an die ihm unterstellten Beamten zu geben, und er sprach die Erwartung aus, daß die Beamten sich gleichfalls in dieser Frage klar seien.“

Hier müssen doch einige kritische Anmerkungen gemacht werden. Selbstverständlich kann es den Beamten nicht verwehrt werden, ihre Meinung in einer derartig bedeutungsvollen Frage, wie sie durch die Auslieferungsforderung aufgeworfen wurde, zum Ausdruck zu bringen. Aber die Grenze des Zulässigen ist ohne Zweifel überschritten, wenn gesagt wird: „Wir verweigern einfach den Dienst, wenn“ usw. Daraus kann doch gefolgt werden, daß die Beamten auch dann ihre Mithilfe verweigern, wenn die Regierung — gezwungen durch die Entente — doch an die praktische Durchführung der Forderung gehen muß. Zu welchen Konsequenzen kann es führen, wenn die Beamenschaft erst darüber entscheidet, ob sie einen Befehl ausführt oder nicht? Die Regierung kann ja auch in anderen Angelegenheiten Befehle erteilen, die auszuführen sich die Beamten weigern. So geht es sicher nicht. Die Beamten können als Staatsbürger politisch denken und handeln wie sie wollen, als Beamte im Dienste sind sie verpflichtet, nach den Befehlen der Regierung, die vom Volk eingesetzt ist, ihre Ämter zu verwalten.

— Es wird Licht! Seit einigen Tagen brennen in den Abendstunden bis 10 Uhr auf der Straße Gaslaternen. Ganz ungewohnt ist der Anblick der „reichlichen“ Beleuchtung nach den Monaten der Finsternis. Zwar ist es nicht die Lichtfülle goldener Friedenszeiten, aber von einer brennenden Laterne ist die andre schon zu sehen, und das will doch schon etwas heißen. Hoffentlich ist damit die Zeit der Finsternis nicht nur für Nachen, sondern für immer vorbei.

— Gewerbegerichts-Weisung. Die zum Mittwoch den 11. Februar angeordnete Sitzung fällt aus.

— Zum Streit bei der Firma Hugo Westhorn. Vom Verband der Buchbinder wird uns geschrieben: In der heutigen Nummer des „Generalanzeigers“ sucht die Firma Hugo Westhorn in hundert Arbeitern, ferner ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen zu bisserigen Tariflöhnen zusätzlich 20 % Teuerungszulage. Um den etwa arbeitswilligen Arbeiterinnen und Arbeitern die horrenden Löhne, die sie erwarten, vor Augen zu führen, geben wir die ab 1. Juli vorigen Jahres vereinbarten Tariflöhne, die seitdem eine Erhöhung nicht erfahren haben, hiermit bekannt: Arbeiterinnen erhalten im Alter von 14 bis 15 Jahren 20 Mk. und bleiben bis zum Alter von über 22 Jahren auf 40 Mk. pro Woche. Mäntliche Arbeiter beginnen im Alter von 14 bis 15 Jahren mit 24 Mk. und steigen bis zum Alter von über 24 Jahren auf 70 Mk. pro Woche. Diese Löhne v. ringeren sich für ungelernete 14-jährige im ersten Halbjahr um 15 % und für ältere umgelernete im ersten Halbjahr ihrer Tätigkeit um 10 % pro Woche. Während alle hiesigen gleichartigen Betriebe seit Januar einen 30-prozentigen Teuerungszuschlag zu obigen Löhnen zahlen, lehnte die Firma Westhorn bisher jegliches Entgegenkommen ab und konnte erst durch einen einjährigen Streit am 28. Januar zu Verhandlungen gezwungen werden, deren Ergebnis das Zugeständnis einer 20-prozentigen Teuerungszulage war. Angesichts der außerordentlichen Verteuerung aller Lebensbedingungen seit Abschluß des Tarifs vermochte die Arbeiterchaft des Betriebs dieses Zugeständnis, das eine Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen um 4 bis 8 Mark und für männliche Arbeiter um 4,80 bis 14 Mark pro Woche bedeutet, nicht als genügend anzuerkennen und legte einmütig und geschlossen die Arbeit nieder. Wir bitten die Arbeiterchaft Magdeburgs, die um ihre nackte Existenz kämpfende Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen die in ihren Lohnverhältnissen rückständigste Firma Magdeburgs zu unterstützen.

— Die Wasserversorgung der Schreiberärzten sollte nach einem Beschluß des Verwaltungsausschusses der Licht- und Wasserwerke einer zweckentsprechenden Neuordnung unterzogen werden, insbesondere war zu prüfen, ob die Anlage sogenannter Abwasserbrunnen in ihnen angängig und vorteilhaft sei. Es sind daraufhin die an das Wasserwerk angegliederten 83 Gartenkolonien nacheinander wiederholt untersucht worden. Dabei wurde festgestellt, daß die erwähnten Brunnenanlagen bei 72 Kolonien nicht möglich sind. Bei ihnen verbleibt es beschlußgemäß bei dem Wasserbezug aus der städtischen Rohrleitung. Für den Rest würde sich die Anlage von Abwasserbrunnen wohl bewirken lassen und es müßte nach eingangener Beschlüsse für diese 11 Gartenkolonien der Anschluß an das Wasserwerk gepeert werden. Der Wasserverbrauch dieser Grundstücke ist jedoch nur gering. Er beträgt 8015 Kubikmeter im Jahre, so daß bei einer Verteilung auf 150 Sommertage für den einzelnen Tag rund 53 Kubikmeter auf alle elf Grundstücke entfallen. Ein Quantum, das bei einer mittleren Tagesabgabe des Wasserwerks von rund 40000 Kubikmeter im Sommer kaum nennenswert ins Gewicht fällt. Mit Rücksicht darauf soll von der Durchführung einer so einschneidenden Maßregel, wie sie die Sperrung der Wasseranschlüsse darstellt, bei den jetzt schon bestehenden Gartenkolonien zurückgeblieben und genommen werden. Dagegen werden mit Rücksicht auf die Lage des Wasserwerks für alle neu einzurichtenden Schreiberärztenkolonien Anschlüsse an das städtische Wasserwerk zu Bewässerungszwecken grundsätzlich auch dann nicht mehr hergestellt, wenn die Anlage von Brunnen in Ermangelung von Grundwasser nicht möglich sein sollte. Es wird also bei einer beabsichtigten Verwendung von Abwasserbrunnen zu Schreiberärztenanlagen Sache der Interessenten sein, sich vorher davon zu überzeugen, ob die Anlage von Brunnen für die Bewässerung dort durchführbar werden kann. Jedemfalls müßte die Stadt eine beantragte Wasserrohrverlegung in solche neuanzulegenden Kolonien unter allen Umständen ablehnen.

— Von der Schärfe der bürgerlichen Presse. Der Gemeindefürsorge-Verein schreibt uns: „Eine „wüßige“ Arbeit. Unter dieser Stichmarke brachte der „Magdeburger Generalanzeiger“ eine Note, wonach die Wälder der Unterstadt in München dem Ministerium für Soziale Fürsorge in einer Eingabe mitgeteilt haben, daß sie sich weigern, künftig die Kinder von ihren Betten und Wäldchen zum Operationsaal und von da zurückzubringen, da dieses unter ihrer Würde sei. Es heißt dann weiter, daß das sozialdemokratische geleitete Ministerium für Soziale Fürsorge daraufhin der Klinik mitgeteilt habe, die Wälder könnten nicht zu dieser Dienstleistung angehalten werden und das Ministerium bleibt dabei bestehen; die Klinik müsse sich ein geeignetes Personal suchen, das aber auch niemals zu diesen Dienstleistungen angehalten werden kann. Unisono erinnern die Ärzte das Ministerium an seinen sozialen Charakter mit dem Hinzufügen, daß sie selbst oft genug die Kinder auf ihren Armen zum Operationsaal und zurückbringen; es blieb jedoch bei dem Bescheid dieses Fürsorgeministeriums.“ Die Organisation hat beim Ministerium für Soziale Fürsorge in dieser Angelegenheit angefragt. Von dieser Stelle ist folgender Bescheid ergangen: „Das Ministerium für Soziale Fürsorge stellt hiermit ausdrücklich fest, daß an die Unterstadt in fraglicher Angelegenheit weder schriftlich noch mündlich ein Entschluß ergangen ist.“ Das bürgerliche Blatt, das zuerst die Hejnotiz brachte, mußte widerrufen. Der „Generalanzeiger“ hat die Lage diesem Blatt entnommen, eine Mithilfe aber brachte er nicht. Sicher kam es ihm nur darauf an, dem sozialistisch geleiteten Ministerium und den Klinikangestellten eins auszuwicheln. Derartige Unsauberkeiten erfährt ja auch das Magdeburger Wälderpersonal bei jeder Gelegenheit von der bürgerlichen Presse.

— Selbstmord. Am Sonntag nachmittag hat sich der Feldwebel Schrader in der Stromelbe in der Gegend des Agneswerders ertränkt. Ein Wärter beobachtete aus der Ferne den Unberührenden und sah, wie der Unglückliche sich entkleidete und dann ins Wasser sprang. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht geborgen. Der Tote war seit kurzer Zeit im Hilfszaretz „Wilmela“ wegen eines Nervenleidens eingekerkert und lebte in der Einbildung, unheilbar krank zu sein. Dieses Verdrüßliche dürfte der Grund zur Tat gewesen sein.

— Einbruch in einen Schuladen. Am Sonntag wurde in den frühesten Morgenstunden in dem Schuhwarengeschäft Neptun auf dem Breiten Wege 100 ein Einbruch diebstahl verübt. Die Täter liefen gegen 5 Uhr morgens in der Grünbaumstraße mit einer Streife der Sicherheitspolizei zusammen. Als sie der Streife ansichtig wurden, waren sie ihre Diebsbeute weg und ergreifen die Flucht. Die Streife schloß, konnte aber die Diebe im dichten Nebel nicht erreichen. Die von den Dieben weggekauften Kartons und Säcke enthielten Schuhe mit dem Namen obiger Firma. Die Streife ging sofort zum Laden, stellte fest, daß zu ihm eine Luftkappe offen stand, durch die die Täter vermutlich ihren Weg genommen haben und beobachtete den Laden bis zum Hellwerden.

— Ungetreu Angestellte. In einem hiesigen größeren Warenhaus sind in letzter Zeit fortgesetzt von Verkäuferinnen Waren der verschiedensten Art gestohlen und untereinander verschoben worden. Bis jetzt sind von der Kriminalpolizei 16 Angestellte ermittelt, in deren Wohnungen für etwa 20000 Mark Waren vorgefunden wurden, welche der Firma zurückgegeben werden konnten. Die Schuldigen werden sich wegen Diebstahls bzw. Hehlerei zu verantworten haben.

— Gestohlen wurden aus einer Wohnung in der Sternstraße Bett-, Reis- und Küchenschüssel verschiedener Art; an der Gardebohe eines Theaters eine silberne Handtasche, an deren Bügel sich innen der Name „Martha“ befindet; aus einer Wohnung in der Sandstraße Bettwäsche verschiedener Art; aus einer Wohnung in der Wallstraße ein graubrauner Damenmantel aus bedenkstoff mit gleichfarbigem Maninchenfragen; aus einer Wohnung in der Kleinen Stordstraße eine silberne Taschenuhr mit Nickelkette, 1 Paar hohe Damenstiefeln, Lebensmitteleimer verschiedener Art; acht weiße Damenstiefeln, ein weißer Mantel — ein buntes gestreiftes und ein weißes —, zwei schwarze seidene Hüfen, zwei weiße Unterwäsche, ein schwarzer Tuchrock, vier weiße Ganzhüben, eine braune Boilehose, ein grünes Kreppkleid, in welchem sich der Name „Hubert Schubert“ befindet, verschiedene Strümpfe, Nachjacken und Schürzen; aus dem Kastenraum eines Sport-

platzes an der Magdeburger Straße Fensterbänke, Karbidlampen, Fußballschuhe, eine braune Metalltasche; von einem Trockenboden in der Berliner Straße zwei weiße Bettbezüge, davon einer grau, R. M.; auf dem Hauptbahnhof eine graue und eine braune Handtasche; aus einem Stall in der Nachweidestraße acht verschiedene artige Ständer.

— Gestohlene Motorteile. Bei einer wegen Hehlerei festgenommenen Person wurden u. a. zwei elektrische Zündungsapparate für Motoren beschlagnahmt, die zweifellos gestohlen sind, von denen der rechtmäßige Eigentümer aber noch nicht ermittelt werden konnte. Die Apparate tragen folgende Bezeichnung: Bosch Fabrique U. Stuttgart Type 3. 7. 4 Nr. 1279888, Eisenmann-Apparate Type G. 4 Nr. 334883 Patent D. G. E. 22. 1914 D. G. E. 8. 1914. Sie sind bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, zur Ansicht ausgelegt.

— Festgenommen wurden der wohnungslose frühere Polizeiausgeber Ernst Döhre, der es verstand, sich in fünf Fällen dadurch größere Geldbeträge zu erschleichen, daß er Angebote in Lebensmitteln machte, sich Vorküffe hierauf zahlen ließ und die ihm zur Entgegennahme der Lebensmittel mitgegebenen Dienstboten unter Benützung verschiedener Häuser mit zwei Ein- bzw. Ausgängen verließ; der Arbeiter Robert Durawa, Hundsbürgerstraße 18, welcher zusammen mit einem Komplizen im Gr. Tischen einen Einbruchsdiebstahl verübte und 11000 Mark stahl; der Arbeiter Carl Wille, Krummer Weg 3, der in der Nacht zum 27. vorigen Monats einem Harmonikaspieler, bei dem er übernachtete, eine Brieftasche mit 100 Mark gestohlen hat; das Dienstmädchen Charlotte Kluß aus Köthen, die ihrer Dienstherrin einen großen Koffer Wäsche verschiedener Art gestohlen und weiterverkauft hat; der Arbeiter Hermann Schurz, Fahlchsberg 8, und der wohnungslose Arbeiter Albert Borzfeld, die gemeinschaftlich in der Nacht zum 4. d. M. einen Gerberaum eines Sportplatzes an der Magdeburger Straße erbrochen und eine große Anzahl Gegenstände verschiedener Art gestohlen haben.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

— Bildungsforschung der Jungsozialisten (Jugendgruppe der S. P. D.). Am Freitag abend 8 Uhr im Jugendheim, Georgenlag 19, Vortrag des Vorsitzenden Genossen Röhlfen: Die bürgerlichen Parteien (Zentrum). Jeder willkommen.

Jugendbund Freiheit.

Allgemeine Veranstaltungen:

Am Sonnabend abend 8 Uhr im Jugendheim Funktionärskursus. Vortrag des Genossen Voigt: Das öffentliche Auftreten.

Parteiveranstaltungen:

— Besetzungsgruppe Alte Neustadt: Am Mittwoch abend 8 Uhr im Jugendheim Spielabend.

— Besetzungsgruppe Neue Neustadt: Am Mittwoch abend 8 Uhr in der Schule Umfassungstraße 76 Spielabend. Wiederholter mitbringen.

— Besetzungsgruppe G. O. S. K.: Am Mittwoch abend 8 Uhr im Restaurant zur Kuckucksgasse, G. O. S. K. Straße, G. O. S. K. Straße, G. O. S. K. Straße.

— Besetzungsgruppe D. A. W. L.: Am Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Leipziger Straße 46 Brettspielabend.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Im Stadttheater folgte am Sonnabend auf „Susannes Geheimnis“ des Nachkomme der Verfiegelt. Weist der erste Einakter schon einen reizvollen Handlungskreis, der durch die stark pointierte Musik Wolf-Ferraris ergiebig ausgeschaltet wird, so wirkt der zweite noch unmittelbarer durch einen von Humor gesättigten Verlauf der Szene, deren musikalische Kunst sich dem Inhalt völlig angepaßt hat und jeder Neugier der Gedankengänge des heiter-fomischen Dialogs nachgeht. Das Studium der Solo-partien scheint sehr gründlich gewesen zu sein, denn Duette und mehrstimmige Szenen wurden prompt und sicher genommen. Hans Döring war auch ein guter Führer des Orchesters, das die charakteristische pridelnde Musik vorzüglich spielte. Am diesen Mahmen paßte auch das ansehnliche Wiedererlebens, das John Raven gestellt hatte. Die Besetzung konnte kaum besser sein. Willi Mering als verliebter entsetzelter Bürgermeister spielte sehr dezent, Jini Sedlmair als dessen Zukünftige war ein quersüßiger, spekulativer Schelm, Bibbi Preiser-Rose als Frau Wilmers verstärkte in treffender Manier die Wirkung der Szene, das Liebespaar Hani Mey und Paul Goller hatte sich sicher eingespäht, mit komischer Grandezza wirkte Walter Carpell als Lampe. Mit erschütterlicher Laune folgte das Substitut den heiteren Vorgängen auf der Bühne, um schließlich durch seinen Schluchzweil zu erkennen zu geben, daß die Enttötung Er. für gemeinerlichen Würden ihm viel Spaß gemacht hatte.

Zweite Vorlesung: Wir aber... Karl Macdemeier, Göttingen. Wichtige Vorträge der Göttinger. Gesteigertes Prophetentum der Bibel. Selige Erleuchtung des Hohen Diebes. Selige Erlösung der Liliten. Gingehaute Christ Japan. Diese Urgefühle der Dichtung erschließt der Vortragende mit beherrschender Beherrschung des Bedeutsamen. Der Eindruck der ersten Vorlesung verstärkt sich. So sehr man heute mit schwüchenden Bewörtern fargen sollte, hier kann man von einem Meister der Vortragskunst ohne Bedenken spenden. Als Neuzugänge: Wenzel und Wenzelschmid: Von feherem „Bing“ als der Höhepunkt des Abends. Als großer Ausklang: Die Wiston Werfelscher Dicit.

Als Fremdkörper allerdings: Geibel und Dahn im Anschließ am die Göttinger. Auf der einen Seite gewaltige Ursprünglichkeit — auf der andern Literatur. Auch die Kunst des Vortrags konnte nicht darüber hinweghelfen. — Wurde der Saal auch nur zur Hälfte gefüllt, der Erfolg für die Veranstalter war unbestreitbar.

Mitteilungen der Direktinnen.

Stadttheater. Heute Mittwoch: Liebe. — Donnerstag: Susannes Geheimnis, darauf: Verriegelt. — Freitag: Traviata. — Sonnabend: Partie von Sevilla. — Sonntag 5 Uhr: Meisterfinger von Nürnberg.

Provinz und Umgegend.

Kreis Wanzleben.

Diebstorf, 10. Februar. (Der Vortragsabend,) der vom Ausschuss für Jugendpflege geplant ist, findet am Mittwoch den 18. Februar statt. Auf den Theaterabend am Mittwoch den 11. Februar wird der Blick vom Volksgesellschafts-Bibliothek wird hiermit aufmerksam gemacht.

Groß-Otterleben, 10. Februar. (Der Reichsbund der Kriegsbekämpften) hält am Mittwoch abend 7/8 Uhr in der „Hans-Johannsen“ eine Monatsversammlung ab.

Obendorf, 10. Februar. (In einer Volksversammlung) sprach Landrat Genosse Fahn über: Ist ein wirtschaftliches Aufstiegsdeutschlands möglich? Der Redner überzeugte durch seine treffenden Ausführungen die zahlreich erschienenen Besucher, daß es mit guten Willen aller Bevölkerung sehr wohl möglich ist, aus dem wirtschaftlichen Tiefstand herauszukommen. Die U. S. P. hatte den Besuch der Versammlung verboten. Die trotzdem erschienenen Arbeiter wurden von links schienen mit den Ausführungen uners Genossen Fahn vollständig einverstanden zu sein, denn trotz wiederholter Aufforderungen meldete sich niemand von den Gegnern zur Diskussion. — Wortauschule. Mittwoch abend 8 Uhr findet der nächste Vortrag über „Deutsche Kulturbilder“ durch Pastor Dr. Schladebach statt.

Wanzleben, 10. Februar. (Bürgermeisterwahl) In einer eingehenden Kundgebung gestaltete sich am Sonnabend die öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Ueber 400 Personen waren erschienen. Der Vorsitzende, Genosse Schiel, sprach über „Wer ist schuld an unserm Elend?“, und wies darauf hin, daß der harte Frieden uns daran hindert, wieder hoch zu kommen. Die Ausführungen des Genossen Meyer über den Streif der Landarbeit auf dem Rittergut gaben ein lautes Bild über Ursache und Ziel

der Bewegung. Leider mußte festgestellt werden, daß die verkehrten Maßnahmen der Stadtverwaltung und einige Streikbrecher der Arbeiterchaft in den Reihen seien. Dies Verhalten fand scharfe Verurteilung. Der Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Stellungnahme zur Bürgermeierwahl. Genosse Stadt. Sun d erläuterte als Kommissionsmitglied den Gang der Verhandlungen und beleuchtete die Wichtigkeit der rechtsstehenden Bürgerchaft, die durch Stimmungsbeschwerden in der Person des vor etwa 1 1/2 Jahren ausgewogenen Kandidaten Kempt (Wahlleben) einen Kompromißkandidaten präsentiert, dem sie volles Vertrauen entgegenbringe, und der auf Grund seiner kommunalpolitischen Kenntnisse, seiner persönlichen Eigenschaften und seines zielbewußten faktischen Auftretens befähigt ist, gründliche Wandlung in untern zersahren städtischen Verhältnissen zu schaffen. Sein scharfes und gerecht abwägendes Urteil, ohne nach rechts oder links zu sehen, sein feines für deutsches Temperament haben ihn schnell bei der wertvollsten Bevölkerung beliebt gemacht, ausgenommen bei jenen Kreisen, die eine überlegenen Intelligenzen leben können. Der Kandidat hat natürlich der bürgerlichen Mehrheitspartei nicht, da sie ganz richtig wittert, daß es mit dem Extrakt für sie dann ein Ende hat. So ist nun ein scharfer Kampf entbrannt. Die Bürgerlichen wünschen einen nicht gerade gut gewählten Auswärtigen, mit dem sie wieder Arm in Arm gehen können, oder den Stadtkatzen Hedenius, damit die alte Vertriebenenschaft wieder aufgestellt werden kann. Um die Arbeiten der sozialdemokratischen Kommissionen wieder zu festigen und den Wunsch der breiteren Bevölkerung und Arbeiterchaft zu hören, hat Genosse Sun d, eine Abkündigung über die verbleibenden Kandidaten vorzunehmen. Bei dem Namen Stadtkatzen Hedenius hob sich nicht ein Arm, für Bedenklichkeit aber stimmte über 400 Personen, fast alle Versammlungsbekühter, unter lebhaftem Beifall, für einen Auswärtigen traten nur vier ein. Stadtvordräter Sun d betonte, daß die Vertreter im Stadtparlament nun genau wissen, was sie zu tun haben, gleichzeitig bedeute diese Kundgebung ein deutliches Stimmzeichen für die Gegenseite und einen Beweis, wer die Sympathie der Arbeiterchaft besitzt. Die Unabhängigen haben sich wieder den traurigen Ruhm gesichert, als Streikmacher der Reaktionäre zu dienen. Die gereizte Stimmung gegen diese Arierethier kam schon in der Versammlung bei den Entgegnungen des Genossen E r u n d und Karl M i l l e r (U. S. P.) zum Ausdruck.

Kreis Zerichow 1 und 2.

Erhöhung der Maßkartengebühr.
Der Wirtschaftskreis in Zerichow schreibt uns:
Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, die scharfere Usmahlung des vorhandenen Getreides vornehmen zu lassen und die Brotmenge für den Tag auf 200 Gramm herabzusetzen. Es wird also ein Brot nicht mehr 2400 Gramm, sondern nur noch 1850 Gramm wiegen; der Preis beträgt 2 Mark. Die gesamte Bevölkerung leidet unter den drückenden Preisen für Lebensmittel, am meisten natürlich die Versorgungsbedürftigen, die jetzt den größeren Teil der Umwohner für die Kreiswirtschaft tragen müssen. Um so unverständlicher ist es, daß ein Teil der Landwirte sich dagegen wehren, auch zu ihrem Teil etwas dazu beizutragen. Sie wenden sich sogar gegen eine Erhöhung der Maßkartengebühren. Soll etwa die Landwirtschaft von jeder Belastung ausgenommen werden? Das geht nicht. Die Maßkartengebühr, die die Ansammlung an Getreide für Selbstversorger vornehmen, sind von der Regierung angewiesen, bei Vermeidung strenger Bestrafung und Einstellung ihres Betriebes kein Getreide ohne Maßkarte vormahlen zu lassen. Nur gerechte Verteilung der Lasten auf alle Kreise der Bevölkerung und strenge Pflichterfüllung kann dem Reich über die schlimmste Zeit hinweghelfen.

Burg, 10. Februar. (Durch Spielerei mit Explosivkörpern) geschah Sonntag mittags ein schweres Unglück. Vor dem Hause Bürgermeierstraße 5 spielten Kinder mit irgendeinem Sprengkörper und brachten denselben zur Explosion, wodurch sechs Kinder mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Wie die Kinder in den Besitz des gefährlichen Spielzeugs gelangten, konnte nicht festgestellt werden. Die Explorier fliegen weit in der Umgebung umher, es brach sich begrifflicherweise auch der Straßenanleger durch die Detonation eine große Erregung. Die Eltern müssen die Kinder vor der Spielerei mit solchen Gegenständen warnen, und schwer bestrafen müssen diejenige werden, der es ermöglicht, daß Kinder in den Besitz solcher Sachen gelangen können. — Der Jugendbund Freieität hält am Mittwoch im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Monatsversammlung ab. — Gestohlen wurde aus dem Bismarckturm ein zweifelhafte Fenstervorhang. Ein zweiter Einbruch wurde vor vier Tagen versucht und dabei einige wertvolle Fensterkerzen zertrümmert. Dem Landwirt M. in Fleiburg wurden 2000 Mark und eine goldene Damenuhr entwendet, dem Landwirt M. in Niesel aus einer Miete 20 bis 30 Zentner Kartoffeln und dem Pferdehändler L. in Groß-Bärs ein Pferd.

Nörbelitz, 10. Februar. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung findet am Donnerstag den 12. Februar, abends 8 Uhr, beim Genossen Thiele statt.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Varleben, 10. Februar. (Die wirtschaftliche Not der Kriegspoppe) gab dem Reichsbund der Kriegsbekämpften Veranlassung, die Öffentlichkeit mit den Forderungen der Opfer des Weltkrieges bekannt zu machen. Die gut besuchte öffentliche Versammlung stimmte den Ausführungen des Gausekretärs Köber zu.

Niederbodeleben, 10. Februar. (Sabotage am Wirtschaftslieben.) Die dem ehemaligen Major v. Wipern gehörige Dampfschifferei ist an den Kaufmann Fleischer aus Hannover verkauft worden. Dieser beabsichtigt, sie auf Abbau zu verkaufen. Fast unerschöpfliche, äußerst günstig gelegene Tonlager sind vorhanden, Gebäude, Maschinen und das ganze Inventar sind in bestem Zustand, die Bahn in unmittelbarer Nähe; alles das wäre dazu geeignet, die Ziegelei nach behobenem Kohlenmangel sofort wieder in Betrieb zu setzen. Aber so lange lautet der Ehrerwerb eines Kapitalisten nicht zu. Und so soll denn schon im Laufe der nächsten Wochen mit der Zerstörung begonnen werden. Die Gemeinde Niederbodeleben hat sich sofort mit den Behörden in Verbindung gesetzt, um dies zu verhindern. Sie hofft auch auf Unterstützung der umliegenden Gemeinden. Es kann und darf nicht sein, daß lediglich wegen der Profitgier einzelner alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zerstört werden.

Dreileben, 10. Februar. (Volkerversammlung.) Am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Pöte eine öffentliche politische Versammlung statt, in der Parteisekretär Pfeiler (Magdeburg) sprechen wird. Darauf erfolgt Stellungnahme zur Elternbeiratswahl.

Gilsleben, 10. Februar. (Ueber die Tätigkeit der Nationalversammlung.) Sprach Genossin Volkmann vor gut besuchter öffentlicher Versammlung. In erster Linie betonte die Referentin, daß wir nicht, wie die unaufgeklärten Genossen meinen, eine sozialdemokratische Regierung, sondern eine aus Vertretern dreier Parteien zusammengesetzte Koalitionsregierung haben. Das Volk hat es durch seine Ablehnung so gewollt. Dann hob Genossin Volkmann den Unterschied zwischen der alten und der jetzigen Regierung hervor und wies auf die verabschiedeten und noch vorliegenden Gelegenheitsgesetze hin, die der wertvollen Bevölkerung wesentliche Vorteile bringen. Mit der Aufforderung, die Grundgesetze der Revolution festzuhalten und geschlossen für die Partei einzutreten, damit wir aus dieser traurigen Zeit einer besseren Zukunft entgegengehen, schloß die Referentin ihren interessanten Vortrag. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen R a u m a n n und S o s a n g. Eine Tellerammlung ergab 43 Mark.

Werk-Mannensleben, 10. Februar. (In der Volkerversammlung.) die sehr gut besucht war, sprach Genosse Reßler über

„Die politische Lage und die Arbeiten der Nationalversammlung.“ Ganz vorzüglich zeigte er, wie die Front von den Nationalen und Kriegsvorkämpfern erwidert worden ist. Eine Lage, wie sie auch in der Kirche verbreitet wurde, ist, die Revolution sei schuld am Zusammenbruch. Einem Anhänger der Zentrumspartei, der Helwig und Kirche nicht auseinander halten konnte, mußte zweimal vom Redner klar gemacht werden, daß die Sozialdemokratie nicht das Volk zum Feind, sondern zum offenen Bekennnis der Wahrheit erziehen will. — Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstag, 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im hiesigen Lokal seine Mitgliederversammlung ab. Zur Besprechung kommt die Elternbeiratswahl sowie Stellungnahme zur Holz- und Kohlenversorgung.

Neuhaldensleben, 10. Februar. (Die Elternversammlung) war von der Arbeiterchaft wieder schlecht besucht. Seminarlehrer H o m b u r g gab die Wahlvorschriften bekannt und machte darauf aufmerksam, daß vom 15. Februar an für die Seminararbeitsschule eine neue Liste ausrufe, in der auch die Eltern bezeichnet sind deren Kinder Eltern in die Schule kommen. Darauf wurde der Wahlvorstand gewählt. Genosse Keil erklärte noch die Aufgaben der Elternbeiräte. Superintendent G r a h m a n n verfuhrte für den Religionsunterricht in der Schule Stimmung zu machen, fand aber dabei vielfachen Widerspruch. Die Aufstellung der Kandidatenliste erfolgt am Dienstag den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung in Herzog's Festhalle, die von den beiden sozialdemokratischen Parteien und vom Gewerkschaftsrat einberufen ist. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, diese Versammlung zu besuchen, damit die Aufstellung in unserem Sinne erfolgt. — Eine Porzellanarbeiterversammlung beschäftigte sich mit dem neuen Wahlgesetz. Trippler gab einen Bericht von der Köppler Konferenz und betonte, daß der volle Kampf in einer öffentlichen Versammlung Ausklärung über die Drahtstrahlung und die Tarifabschlüsse geben werde. Der Klassenbericht wurde entgegengenommen. Dann wurde bemängelt, daß verschiedene Frauen, die einen Ernährer haben, noch in den Fabriken beschäftigt würden.

Wälske, 10. Februar. (Eine Protestversammlung) wegen unzulänglicher Rentenversorgung der Kriegsveterane hielt der Reichsbund der Kriegsbekämpften am Sonntag ab. Es wurde auch die Auszahlung der Rückzahlungen für zurückgekehrte Kriegsgefangene verlangt. Bei der vom Kommunalverband bestellten Wäsche werden nächstes Mal die Kriegsveteranen mit berücksichtigt werden.

Kreis Queblinburg-Arschleben-Kalbe.

Barby, 10. Februar. (Ein schwerer Einbruchsdiebstahl) wurde bei einem Fleischermeister verübt. Die Diebe benutzten die kurze Abwesenheit der Familie zwischen 9 und 10 Uhr abends, um die ganze Wohnung umzuwälzen. Schmuckstücke, Kleidungsstücke, zwei Säbelen und einen Wollenwurf sowie eine große Summe Geld wurden die Beute der frechen Diebe.

Frosche, 10. Februar. (Schwere Strafe) erhielten Treibriemendiebe von der Magdeburger Strafkammer. Der Arbeiter Karl J. Stahl in der Fabrik, in der er beschäftigt war, mehrere Treibriemen, die der Arbeiter Kurt Sch. weiter verkaufte. Ersterer erhielt unter Berücksichtigung der Gemeingefährlichkeit wegen schweren Diebstahls 10 Monate, seine Kollegen wegen Missetats 5 Monate Gefängnis.

Queblinburg, 10. Februar. (Erfolgreicher Streik.) Infolge des am Freitag vormittag erfolgten Eintritts der Gärtnere in den Gewerkschaftsverband wurde die Unternehmung ihre Vorkasse zum die sberichtigung Tarifvertrag zurück und erkannten ihn bedingungslos an. Der Streik wurde darauf nach einer Dauer von 4 Wochen für beendet erklärt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Schönebeck, 10. Februar. (Stadtvorordneten-Sigung.) Genosse L a d e b e c k wird in sein Amt als Zweiter Bürgermeister ernannt. Dem Nachtrag zum Disziplinardes der gewerblichen Fortbildungsschule über die Erweiterung der Schulpflicht wird einstimmig zugestimmt. Die Strompreise für Licht und Kraft werden um 34 Pfg. erhöht. Ueber die Verpackung der Mader gibt Stadtdirektor H e n n e d e Bericht und geht auf die Verpackung ein. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, daß für Parzellen 5 bis 8 der Zustieg nicht erstellt wird, sondern daß nach erneuter Ausschreibung die Abgabe in kleinen Etappen erfolgen soll. Ueber die Instandsetzung der Heizungsanlage des Rathauses berichtet Stadtdirektor G r ä b n e r; die Summe wird in der Höhe des Kostenanschlags bewilligt. Ueber die Sonderunterstützung an Witwen und Rentempänger berichtet Frau Hüther und tritt für die Bereitstellung eines Fonds für Unbemittelte ein mit Rücksicht auf die Verteuerung der Milch. Eine Prüfung soll durch die Säuglingsfürsorge-Kommission erfolgen. Die Erhöhung des Wassergebühres von 35 auf 40 Pfg. vom 1. Januar an wird beschlossen. Zum Schluß wird noch eine Kommission für den Gartenbau gewählt. — Diebstähle. Nichts ist mehr sicher vor Diebstählen. Ist es doch vorgekommen, daß man von einzelnen Bräuten der Straße die eisernen Beilags gestohlen hat.

Schönebeck, 10. Februar. (Lebensmittel-Verteilung) für Schönebeck, Groß-Salze, Frosche und Felgeleben auf Kundenliste: Auf Abschnitt 11 der Speisekartens 25 Gramm Butter für 0,03 Mark und 75 Gramm Margarine für 1,22 Mark (Kleingeld mitbringen); Sirtup wird voraussichtlich Ende der Woche ausgegeben. Speiseöl am Freitag auf Marke 18 der Lebensmittelkarte 150 Gramm für 2,25 Mark, außer Kundenliste. Kartoffeln 5 Pfund auf den laufenden Wochenabschnitt. Auch nicht beliebte Kartoffelartenabschnitte der Woche vom 2. bis 8. Februar werden noch mit 5 Pfund beliefert.

Dessau, 10. Februar. (Eine empfindliche Geldstrafe) erhielt ein Kaufmann, der an einer großen Judeverjudung beteiligt war. Erst wurde ihm der Mehrwert von 46 000 Mark abgenommen und dann mußte er noch 30 000 Mark Geldstrafe zahlen.

Kleine Chronik.

Wilde Jagd Regerungslid bei Langfuhr. Ueber dem großen Georgierplatz in Langfuhr stürzte aus etwa 100 Metern ein Flugzeug ab. Es fing beim Aufschlagen auf den Boden Feuer; der Insasse, Flugzeugführer Wendt, wurde tot aus den Trümmern geborgen.

Die Granate. Der 17jährige Bauernsohn Schmüd in Straßbach manipuliert mit einem in Zimmer gefundenen Artilleriegeschoss, welches explodierte und eine verheerende Wirkung anrichtete. Der Bauernsohn wurde förmlich in Stücke zerrissen, seine Mutter getödet und auch die Schwester lebensgefährlich verletzt.

Die geprellte Silberauffäuferin. Eine Galizierin, die sich mit dem Verkauf von Silbergeld beschäftigt, hatte sich mit einem Mann in Potsdam in Verbindung gesetzt, der ihr eine größere Menge verkaufen wollte. Bei einer Zusammenkunft im Wartesaal 1. Klasse des Potsdamer Bahnhofes erschienen zwei Männer mit einem Koffer, der, wie sie sich selbst überzeugte, für etwa 10 000 Mark Silbergeld in Rollen einhielt. Sie zahlte dafür 90 000 Mark in Papierscheinen und begab sich mit ihrem Koffer nach Halle. Hier entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß die Rollen kein Silbergeld, sondern Eisenstücke enthielten. Der Polizei gelang es, die beiden Männer zu ermitteln und festzunehmen. Sie besahen jedoch weder das ihnen von der Galizierin bezahlte Papiergeld, noch die Silberrollen.

Das Paradies der Dirnen. Die Strafkammer in Pöchlitz beurteilte den Kinotheater Fock wegen Verführung des „Aufklärungsfilms“, „Das Paradies der Dirnen“ zu 1000 Mark Geldstrafe und 1 Woche Gefängnis. Außerdem wurde auf Verhängnisnahme des Films hier und auf anderen Film Bühnen des Angeklagten erkannt.

Ein bestraffter Diktator. Das Schöffengericht zu Gochstadt beurteilte den Landwirt Nikolaus Baier in Gochsach, der seiner Lieberungspflicht nicht im geringsten nachkam und während des Krieges überhaupt nichts abgeliefert hatte, zu fünf Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe.

120 Millionen Mark Hochwasserbeschaden. Wie aus Neuwied berichtet wird, ergab die amtliche Schätzung der Hochwasserbeschaden in Neuwied bisher die Summe von 7 bis 8 Millionen Mark. Der Schaden im ganzen rheinischen Ueberflutungsgebiet beläuft sich nach Schätzungen der ausländischen Stellen auf 120 Millionen Mark. Der Regierungspräsident von Koblenz hat dem Kreise Neuwied zur Linderung der größten Not 60 000 Mark überwiesen.

Gauernerhumor. Die höhere Diefesfreiheit besah ein Gauner, der einem Bäckermeister in Rosenheim eine große Portion Brotsteig stahl und sich diesen gegenüber bei einem andern Bäcker aussäßen ließ. Der Frechling entkam der Beute.

Schneestürme und Kohnenot in Amerika. Die „Times“ berichtet über gewaltige Schneestürme, die zurzeit in Amerika wüten. Tausende von Arbeitern können infolge der gestörten Verkehrsverhältnisse ihre Arbeitsstellen nicht erreichen. Der Zugverkehr ist meistens vollständig eingestellt. New York und Boston sind von einer Kohnenot betroffen. Die Schifffahrt ist vollständig eingestellt.

Bereine und Versammlungen.

Buchdrucker.
Die am 6. Februar in der Aula der Augustaschule abgehaltene Versammlung bewilligte 500 Mark für die Bibliothek. Gewünscht wurde, daß bei Neuaufstellungen auch Schriften sozialpolitischen Inhalts berücksichtigt werden. Zu diesem Zwecke wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildeten die Anträge zur Generalversammlung des Verbundes. Eine rege Aussprache folgte den Begründungen der Anträge, welche teils idealen Inhalts waren, teils aber auch ein größeres Mitbestimmungsrecht der Mitglieder forderten. Nur einer von zehn eingegangenen Anträgen fand nicht die Zustimmung der Versammlung.

Berband der Fabrikarbeiter.

In einer am 8. Februar stattgefundenen und sehr gut besuchten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg erstattete der Geschäftsführer F r e n z e l den Quartals- und Jahresbericht. Aus demselben ergab sich, daß infolge des immer fühlbarer werdenden Kohlen- und Rohstoffmangels die Arbeitsslosigkeit der Mitglieder des Gesamtverbandes während des viernten Quartals sich verdoppelt hat. Auch am Ort ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, doch ist der Stand wesentlich günstiger und bleibt unter dem allgemeinen Durchschnitt. Der Mitgliederstand betrug am 1. Oktober 6079 und erhöhte sich bis zum 31. Dezember um 426 Mitglieder. Die Zahl der Wochenbeiträge liegt auf 71 558, so daß jedes Mitglied 18 Wochenbeiträge im Quartal leistete. Im viernten Quartal wurden zehn größere Lohnbewegungen, die sich auf die chemische Industrie, die Leinwand- und Textilindustrie, die Lederindustrie sowie sämtliche Dachpappen- und Lachfischfabriken Magdeburgs erstreckten, eingeleitet und ohne Arbeitseinstellung sämtlich erfolgreich beendet. Beteiligt waren 2460 Arbeiter und 802 Arbeiterinnen. Die erzielte Lohnhöhung betrug insgesamt pro Woche 72 837 Mark.

Im Jahre 1919 fanden 54 Lohnbewegungen statt, von denen 77 Betriebe mit 6278 Beschäftigten betroffen wurden. Dadurch gelang es, die Löhne in den obengenannten Industrien für Arbeiter um 77 bis 115 Prozent und für Arbeiterinnen um 61 bis 150 Prozent zu erhöhen. Außerdem wurden drei Streiks geführt und erfolgreich beendet. Beteiligt waren 680 Arbeiter und 207 Arbeiterinnen. Der Gesamtverband hat einen glänzenden Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 258 577 und stieg bis zum Jahresende auf über 600 000 an. Der Mitgliederstand der Verwaltungsstelle Magdeburg erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 3889 auf 5504 Mitglieder. Wochenbeiträge wurden 280 724 geleistet.

Der gedruckt vorliegende Jahresbericht wurde vom Kassierer Kollegen F a u s t ergänzt. Die Jahresrechnung der Hauptkassa betrug 150 895,85 Mark und die Ausgabe 77 678,40 Mark. Der Passivposten wurden im Jahr überandt 64 476,15 Mark. Die Lokalfasse vereinnahmte 98 972,57 Mark und verausgabte 70 188,90 Mark. Der Lokalfassenbestand beträgt 28 785,67 Mark. Unterstützungen wurden gezahlt: An Reisende 73,75 Mark, an Arbeitslose 14 911,35 Mark, an Kranke 22 605,50 Mark, an Stretende 32 093,30 Mark, an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 7832 Mark und an Umzugunterstützung wurden 168,50 Mark gezahlt. Auf Antrag der Rentieren wurde dem Kassierer und der Verwaltung einstimmig Entlassung erteilt.

Der Antrag auf eine allgemeine Beitragserhöhung wurde vom Kollegen F r e n z e l ausführlich begründet und darauf hingewiesen, daß die fortschreitende Entwertung des Geldes eine Erhöhung der wichtigsten Unterstützungen notwendig mache. Aus diesem Grunde solle die Gemütsgefallen- und Streikunterstützung einschließlich der Kinverzuglage verdoppelt und die Sterbefallunterstützung ebenfalls ganz erheblich erhöht werden. In der lebhaften und sehr sachlichen Diskussion beteiligten sich die Kollegen K l e i n e, D ä h m s, B i e h m a n n und G o e f f, die ausnahmslos den Antrag befürworteten. Die Generalversammlung entschied sich einstimmig für die Beitragserhöhung.

Hierauf berichtete F r e n z e l über die von der Verwaltung eingeleiteten Schritte, die unerträgliche Leurng durch eine allgemeine Erhöhung der Tariflöhne auszugleichen, sowie über die Antwort des Arbeitgeberverbandes, der erst die Entscheidung des Schlichtungsausschusses in dieser alle Gewerkschaften interessierenden Frage abwarten wolle. In Anbetracht der großen Notlage sei die Ungeduld der Arbeiterchaft durchaus verständlich. Dennoch müßten die Verbandsmitglieder die Disziplin wahren und die Bestimmungen des Streikerelements strikte beachten. Mit der Aufforderung, in diesem Sinne zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Bereine-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Seite 30 Pfg. aufgenommen.
Gewerkschaftskarte. Am Mittwoch den 11. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung bei Büchtele, Knochenbaustraße 27/28.
Arbeiter-Sängerbund Magdeburg. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Lebungsstunde im Rotes Rathaus, Eingang Margaretenstraße. (1432)
Neue Reichsbater Arbeiter-Sängerbund. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Lebungsstunde im „Wintergarten“, Friebrichsplatz. (1474)
Sachsenburger Arbeiter-Sängerbund. Unser nächste Lebungsstunde findet nicht am Dienstag, sondern am Sonntag den 15. Februar, nachm. 4 Uhr, statt. Arbeiter-Straßenarbeitersolidarität, Wt. Mittwoch, Mittwoch den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Koppell. (1574)

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.			
Ort.	Stand.	Ort.	Stand.
Bardubi	9,2	Büben	10,2
Brandeb.	—	Saale	—
Melnt	—	Grochth	10,2
Peimert	—	Grochth	3,02
Müllig	—	Wernau s. d.	2,39
Dresden	10,2	Kaffe Oberpegel	2,03
Sorgau	2,87	Kaffe Unterpegel	2,34
Wittenberg	3,87	Wetzehn	2,40
Rafau	3,67		
Aifen	9,2	Savel.	
Barby	10,2	Brandenburg	9,2
Magdeburg	3,32	Oberpegel	2,50
Sangerhau	4,34	Brandenburg	—
Wittenberg	4,35	Unterpegel	+ 2,22
Eenzen	9,2	Kaffenow	—
Wümtz	—	Oberpegel	—
Wardau	8,2	Kaffenow	—
Boizenburg	9,2	Unterpegel	—
Schnestorf	10,2	Savelberg	—

Wettervorhersage.
Mittwoch den 11. Februar: Anzug, milde, zeitweise Regen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Montag von 10 bis 6 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr. — Sonntags geschlossen. — Telefonzent. 1912.

Mittwoch nachmittag gleich nach Arbeitschluss

Versammlung

Mitl. Hausdloffer u. der in den Betrieben mit Hausdlofferarbeiten Beschäftigten bei H. S., „Märgerhaus“, Stephansbrücke Nr. 38.

Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen mit dem Demobilisierungskommissar.
Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Verwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsverwaltung Magdeburg
Donnerstag, 15. Februar, abds. 7 1/2 Uhr, bei Priedenau

Versammlung für den Bezirk Rothensee.

Tagesordnung: Vortrag. Verhandlungsangelegenheiten. Regen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler und Lackierer

Städt. Magdeburg.
Am Donnerstag den 12. Februar 1920, abends 7 Uhr, bei G. H. G., Kleine Klosterstraße 15

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Jahresbericht vom Geschäftsjahre 1919.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern.
4. Verschiedenes.
Am gütigsten und pünktlichstem Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Mitgliedsbuch mitbringen.

Alle Beamtenstellvertreter

und zwar die bereits entlassenen und die noch im Dienst befindlichen sowie alle diejenigen, die während des Krieges abgezogen und wieder zur Front geschickt wurden, versammeln sich zwecks Aussprache über ihre Interessen (alle Forderungen, Beförderungen, Auszeichnungen etc.)

morgen Donnerstag den 12. Februar 1920, pünktlich 7.30 Uhr, im „Artushof“ gegenüber der Johanniskirche.

Städtischer Bezirksverein Magdeburg-Buckau.

Am 13. Februar, abds. 7 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“

Versammlung

Tagesordnung: 1. Das Rottfeuerzeug und andere Steuerfragen. 2. Schulfragen der Gegenpart (Grund- und Elementarschule, Simult- und Konfessionslose). 3. Kommunalförderung der handwerksmäßigen Betriebe. 4. Städtische Angelegenheiten.
Die Mitgliedschaft Buckaus, Damen und Herren, sind bezüglich eingeladen. 7150 Der Vorstand.

Magdeburger Wirtschaftsgemeinschaft zur Verwertung von Heeresgut, G. m. b. H.

Auguststraße 22, Zimmer 129
Telefon 8848.

Zahnpulver Nr. 23

(geschützt geschäftl.)
Die neue verbesserte Zahnpulver auf wissenschaftl. Grundlage nach Zahnarzt P. W. W. In 2 Packungen:
Kohle erhält die Zähne gesund und blendend weiß
Weiß zahnteilnehmend, reinigend.
Man verleiht ausdrucksvoll
Nr. 23 mit Namenszug
Zahnarzt P. W. W.
In Magdeburg in d. Apotheken und Drogerien erhältlich.
Es gross durch die Fa. Dr. Krause.

Leim

kaufen jedes Quantum
Schmidt, Lübke & Co.
Morgenstraße 14. 7115

Sektflaschen

Rot- und Weißweinflaschen kaufen zu 5 bis 10 ct in Preisen
Ruhz & Hesse, 135, Hof.

Obstbäume

Spalter- u. Schnurbäume, Simbren, Weidenränder und Späthbäume, Süden, Rhabarber, Rosen, Mandelstrauch, Sparacypflanzen, Schmirnlauch, Erdbeerpflanzen empfiehlt
Otto Fuchs, Neustadt
Rastantenstr. 18. Tel. 8154.

Arbeitsmarkt

für Arbeit preisw. Gewandwaren sowie prima Bettwäsche und billige Schürchen gesucht.
G. Spangenberg, Gr. Salze, Beinhäuserstraße 10a.

Hausierer

für Arbeit preisw. Gewandwaren sowie prima Bettwäsche und billige Schürchen gesucht.
G. Spangenberg, Gr. Salze, Beinhäuserstraße 10a.

Gemeindefekretär

von Gemeinde Bolmirsleben gesucht. Bewerbungen an Gemeindefekretär 307 Bolmirsleben.
Hilft im Haushalt für sonnige Gem. An der Straße 204.

Vorteilhaft kaufen Sie in 324

Sieverlings

Etagegeschäft
17 Jakobstraße 17

Pelzwaren

Doas u. Muffen in allen Pelzarten
Damen-Garderobe
Mäntel, Kostüme, Röcke, Blusen
Herren-Garderobe
Mäntel, Paletots, Anzüge, Hosen.

CREMON

feinst. Schuh- u. Lederputz überall zu haben
Hans Günther & Co., Leipzig.

BIOX ZAHNPASTA

mit Sauerstoff-Wirkung nach Hofrat Dr. Zucker
WIEDER DA

Ferdinand Simon

kaufmännische Privatschule.
Inhaber: A. Nitsch Erben
Viktoriastr. 2.

Spirituosen-, Rotwein- und Sektflaschen

fauft 318
Hermann Riegamer
Breiteweg 128, gegenüber d. Katharinenkirche
Kontor: Neußstr. 45, gegenüber der Petrikirche.

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über Land bzw. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus
Ernst Funke
jetzt Bunkau, An d. Elbe 2, Telefon Nr. 4400. 326

Umzüge

Fahren aller Art
Gebäudeveränderung, ein- u. zweifelhändig, übernehm. sofort
Hilke Radler, Schönebeckstr. 8, Telefon 5250 und 2475.

Handleiterwagen

erhält fabrikat. preisw. u. vert. G. H. G., Oberklosterstraße 3, neben der Wilhelmstr.

Latten

1,50 m lang, 23x55 mm stark, zu Gartenbauten geeignet, aus bestem Kernholz geschnitten, in größeren und kleineren Posten zu Tagespreisen abzugeben.
Auf Wunsch Lieferung frei Hof. Gefällige Offerten unter N. W. H. an die Expedition der „Volksstimme“ erbeten. 388

Kleinen Kutschwagen

(mit 1000) verkauft Ritter, Kronprinzengasse 5, 5. pt. 7168

Fürsten-Café

mit hochlegantem Winter-Palmen-Garten.
Täglich nachmittags und abends:
Vornehme Salon-Musik.
Wein-, Likör- und Mokka-Zimmer.

Ankerlin

der gute Schuhkrem
ist in Friedensqualität wieder überall zu haben. H 286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg, Königgrätzer Straße Nr. 4. —

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener

Vortragsabend
im großen Saale des Hofjägers, Ebdtharing, am Donnerstag den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, unter freundlicher Mitwirkung der Konzertfängerin Fr. Margarete Plant.
Schriftsteller G. Witten (Berlin) über seine Erlebnisse u. Fluchtversuche in Russland. Dardene Bilder aus den südlichen Bergwerken, von Rurnan, aus dem Kaukasus und aus der Zeit der Revolution. — S. Wittschütt (Morb.-schleswig), ehem. franz. Kriegsgefangener: Welche Leiden tragen unsere Gefangenen und was schwebt ihnen die Heimat? Eintrittskarten 1.50 Mk. einschl. Kontroffizier erhältlich in der Geschäftsstelle Alter Markt 12, I. Zigarrenhandlung Jacobs, Ulrichsbogen, sowie an der Theaterkasse. 7158

Ausbild. für Kontorberuf

203
Ferdinand Simon kaufmännische Privatschule. Inhaber: A. Nitsch Erben Viktoriastr. 2. Tel. 2742

Hillgers Handbuch

der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919
— Preis 2,75 Mark —
hierbei an Buchhandl. Volksstimme Große Mühlstraße 3.

Der schwarze Jack

Widwejt-Schlager 229
5. Akt 5
Hauptdarsteller: Gisel Fritz und Texas Fred.
bekannt a. d. Schauspiel „Der Vampir“

Raucherdank!!!!

ges. gesch. ermöglicht in einigen Tagen das Rauchen ganz oder teilweise zu unterlassen. Amil. begutachtet. Wirkung vorläufig. Vollständig unschädlich. Tägl. Anerkennung. Ausk. umsonst. Institut Englbrecht, München R 10, Kapuzierstr. 9.

Leinwandtheater

Budau
Schönebeckstr. 94b
Von Dienstag bis einschl. Donnerstag
Eva May und Johannes Riemann in
Das Gebot der Liebe
Schauspiel in 5 Akten.
Karola Tölle und Werner Krauss in
Das ewige Rätsel
Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 7 Uhr.

Stephanshallen

Erstklassige Varieté-Vorstellungen
sowie Aufführung von nur 235 einwandfreien Volksstücken.
Anfang 7 Uhr.

Kaiserhalle

Inhaber Max Richter
Fernsprecher 2030 Magdeburg Kaiserstraße 100

Vorzügliche Küche

Bestgepflegte Biere von U. & W. Mendorf
Schönebeck
sowie Ausschank des echt Kulmbacher Gaudlerbräu

Dienste Mittwoch und folgende Tage

Großer Bier-Rummel

in den dekorierten Räumen.
2 Kapellen 2 Kapellen

Zentraltheater

Abends 7 Uhr
Die Geisha
Nur noch bis Freitag!
Ene Wittchen und die sieben Zwergel.
Beginn täglich 3 1/2 Uhr.

Zentraltheater-Restaurant

Abends 8 Uhr
Konzert
Dirigent: Ernst Lehmann.
Auftreten von Käthe Schmieden und Otto Spielmann.

Stadttheater

Mittwoch den 11. Februar
1. Abend
Blau Karten
Etzbe.
Anf. 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Donnerstag
Sufannes Geheimnis hierauf: Bestiegelt.

Wilhelm-Theater

Mittwoch, 7 1/2 Uhr zum letztenmal
Ein Walzertraum.
Donnerstag
Die schöne Spionin (Nimm mich mit).
Montag den 16. Februar
Ehrenabend Paul Herit Der Zigeunerbaron.

Müllers Weindiele

Kabarett :-: Bar
Apfelstraße 9
Täglich 4 Uhr
Mokka-Kränzchen mit Künstler-Konzert
Rudi Wach bei freiem Eintritt.

Abends 8 Uhr
Das glänzende
Februar-Programm
Clara Feldern und ein Flügel
August Froh 239
Willy Ottmar u. Partner
Marga Calén
Karl Prolle
Harry Rosen
Lawinia Storm

Donnerstag den 12. Februar
Im Tanzpalast
Das Fest der großen Kinder
Versüßtes Ballorchester
glänzende Dekorationen
Tombola
Karten u. Tischbestellg. im Bureau u. an d. Abendkasse.

Reizende Maskentänze

für Damen und Herren zu verabreihen. Ida Matthies, Bahnhofstraße 10. 7168

Fürstenhof-Prunksaal.

Sonntag, 15. Februar, vormittags 11 Uhr:
Zweites groß. Volkskonzert
(Pohl-Orchester) 276
Dirigent: Will Pohl. — 100 Tonkünstler.
PROGRAMM:
Festlicher Einzugsmarsch, op. 27. Karl Goldmark
Konzert-Ouvertüre B-Dur, op. 80. Anton Rubinstein
Concerto für Violoncello: Herr Erlich
Kohlmeister Ernst v. Dohnanyi
Walzmeisters Brautfahrt, Ouvertüre, op. 18 Friedr. Gernshelm
Zur Karnavalszeit, Suite, op. 22 Georg Schumann
Finlandia, skandinavische Dichtung Johann Sibelius.

Karten im Vorverkauf von Mk. 1.— aufwärts an der Kasse
d. Prunksaals u. im Verkehrsverein, Breiteweg 180.
Das 3. Volkskonzert findet am 29. Februar 1920, vormittags 11 Uhr, im Prunksaal des Fürstenhofs statt.
Mittwoch, 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Richards Festsaal:
Erster Kammermusikabend.
Program: Sonaten von Grieg, Raff und Rich. Strauß.
Will Pohl, Violoncello, Otto Wehrlich aus Leipzig, Klavier.
von Mk. 3.— aufwärts (Schillerkarten Mk. 2.—) im Verkehrsverein, Breiteweg 180 u. an d. Abendkasse.

ARTUSHOF

Johannisberg 3 Telefon 1325
Großes modernes Bierlokal.
:: Von Grund auf renoviert. ::
Vorzügl. Küche. :: ff. Kaffee.

Halte meinen Saal und verschiedene Verzehrzimmer bestens empfohlen. 202 R. Schirmer.

CIRCUS BUSCH

Gastspiel im Circus Blumenfeld
Täglich 7 Uhr
Mittwoch und Sonntag auch nachmittags 3 Uhr.
Sie müssen Gaddin, den menschlichen Pfaff durch die Luft schnellen sehen!
Heute Mittwoch, 11. Februar: Die so sehr beliebte
Jugend-Vorstellung
Kinder halbe Preise. 203 K203
Vorverkauf: Jacobs u. Circuskasse 10-2 und ab 5 Uhr.

Wegeners Gesellschaftshaus

Kleiner Stadtmarsch 7c. (Zuh.: W. Geige).
Heute Mittwoch den 11. Februar 1920, Anfang 5 Uhr:
Große Redoute
Im Rosengarten!
Eintritt für Masken 2.40 Mk., für Zuschauer 1.40 Mk.
Masken-Garderobe im Lokal. 7148

L. T. Lichtspiele Tivoli L. T.

Gr. Diederderfer Straße 219
Von Dienstag bis Donnerstag
Gestörte Ideale
Schspannendes Drama in 4 Akten.
Außerdem: 7165

Das Gerücht

Drama in 4 Akten mit Käthe Saak und Bruno Kastner.

Jankes Weinklause

Breiteweg 130/31, Ecke Sandstraße.
Weine bester Marken, billigste Preise.
ff. Kaffee, Mokka mit feinem Gebäck. 236

Millionen Doppelzentner erbracht; den Ueberschuß von 35 Millionen Doppelzentnern kann Amerika über die gewöhnlichen Exporte hinaus abgeben.

Der niedrige Kurs der deutschen Mark im Ausland zwingt Deutschland, die Lebensmittel im Austausch gegen deutsche Ware und gegen deutsche Rohstoffe einzuführen, weil sie mit Geld nicht zu bezahlen sind.

Deutschland muß also möglichst viel Kalifalze an das Ausland abgeben, damit uns Lebensmittel dafür zugesandt werden. Dies wäre sicherlich auch der Fall, wenn nicht von den 200 vorhandenen deutschen Kalibergeräten über 120 ihren Betrieb hätten einstellen müssen.

Selbstschutz gegen Polen.

Nachdem die polnische Regierung die deutsche Reichsmark als geschicktes Zahlungsmittel außer Kraft und die polnische Mark mit gleichem Wert an die Stelle der Reichsmark gesetzt hat, wodurch zahlreichen Firmen erhebliche Verluste entstehen, hat das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschossen, die deutsche Industrie aufzufordern, Lieferungen nach Polen, einschließlich der früheren deutschen oder österreichischen Gebiete, nur in deutscher Reichsmark durchzuführen.

Im übrigen haben die polnischen Währungsmaßnahmen dazu geführt, daß ganze Vermögen auf polnischer Seite verloren gingen infolge von Spekulationen, die von andern Voraussetzungen aus eingeleitet waren, als sie dann eintreten. Das scheint in Warschau gewirkt zu haben.

Durchstechereien in Frankfurt a. M.

Vor kurzem wurden bei der Frankfurter Geschloßfabrik von Gebrüder Heidelberger gewaltige Verfehlungen zum Nachteil des Staates aufgedeckt, die jetzt zur Aufdeckung weiterer, noch größerer Skandale führten. Ein Frankfurter Kriminalkommissar hat durch eingehende Revision beim ehemaligen Feuerwerkslaboratorium in Siegburg erhebliche Verfehlungen zum Nachteil des Staates von Offizieren, Beamten und Angestellten des Laboratoriums festgestell.

Die Höhe der Verfehlungsgelder geht in die Hunderttausende, die von den einzelnen Fabriken und Geschäften hierdurch erzielten besonderen Gewinne gehen in die Millionen. In Siegburg ist ein bedeutendes Altimaterial mit erheblichen Beweismitteln beschlagnahmt worden.

Es handelt sich in Siegburg wie auch bei Heidelberger in Frankfurt um die Unterschmuggung zurückgewiesener in der wertiger Günder unter neue Geschloßbindungen an die Front,

wobei die mit der Abnahme und Prüfung der Günder betrauten Beamten von den liefernden Fabriken beprochen wurden.

Weitere Schließung von Eisenbahnhauptwerkstätten. Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs wurde Hauptwerkstättenamt Ia und Ib Sonnabend abend geschlossen.

Die Grundschule.

Der Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichstags erhalten hat, dem Reichsrat zur Beratung zugegangen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll.

Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die durch Aufhebung der Vorklassfassen frei werdenden Lehrkräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleichbleibender Besetzung weiter zu beschäftigen sind.

Der Wahrheitspiegel.

Mitgliedsliste auf die Zustände im kommunistischen Lager läßt ein Flugblatt zu, das von unterm Frankfurter Parteistell zum Abdruck gebracht wird, und das wegen der in ihm enthaltenen „Enttarnungen“ verdient, weitem Kreis von Parteigenossen zur Kenntnis gebracht zu werden.

Er (König) bezog sein Gehalt und versteckte sich feige vor den Wählern der Reaktion; er getraute sich nicht einmal, auch nur eine Zeile für die „Mole Fahne“ zu schreiben, so groß war seine Angst. Pini Teufel, über solche Revolutionäre!

Weiter wird in dem Flugblatt festgestellt, daß der finanzielle Zusammenbruch der Frankfurter Kommunistenzeitung ausschließlich auf das Verschieben der drei erwähnten „Revolutionäre“ zurückzuführen sei, die als „politische Hanswurste, Geschäftshaber und Phantasten“ bezeichnet werden.

Befolungsreform und Sozialdemokratie.

Die Entwürfe der neuen Befolungsordnungen des Reiches und Preußens sind fertiggestellt und der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Nach den langen Jahren schwerer wirtschaftlicher Entbehrungen, die zu einer Befolungsreform geradezu drängten, ist es durchaus verständlich, daß bei den Beamten leidenschaftliche Erörterungen über diese Entwürfe eingeleitet haben.

Die Sozialdemokratische Partei wird sich bemühen, daß diese Gesetzesvorlagen unter Mitwirkung der Beamten so gestaltet werden, daß sie den Grundfäden der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechen. Eine auf Veranlassung der „Zentralstelle für Beamtenagitation“ aus Vertretern der sozialdemokratischen Beamten gebildete Kommission wird, wie wir der „Soz. Kor.“ entnehmen, in eine Nachprüfung der Entwürfe eintreten.

Es geht vorwärts!

Unsre politischen Freunde von rechts und links überbieten sich gegenseitig in Behauptungen, daß die Sozialdemokratische Partei von Tag zu Tag an Unhängern verliere, daß die Volkstimmung sich zusehends von ihr abwende.

So stieg in den badischen Ortsvereinen Freinsheim die Mitgliederzahl von 90 auf 210, darunter 55 Frauen; in Zinsheim von 35 auf 108. In den kleinen pfälzischen Landorten Einöd, Dungenweiler, Dittweiler, Hölzschweiler wurden in der vergangenen Woche neue Ortsvereine mit stattlichen Mitgliederzahlen gegründet.

Eine gute Vorkampfbewegung weist der Bezirksverband Hissen-Kassel auf. In der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember lag die Mitgliederzahl von 15 020 auf 18 882, darunter 600 Frauen.

Notizen.

Der Frieden zwischen Estland und Rußland. Die finnischen Blätter veröffentlichen genaue Angaben aus dem Vortrage des in Dorpat zwischen Estland und Rußland geschlossenen Friedensvertrags. Der Vertrag enthält eine Reihe bedenklicher Zugeständnisse Rußlands an Estland, mindestens auf dem Papier.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die Palzgerale meldet: Sämtliche in Neuchâtel erscheinenden Tageszeitungen sind von dem französischen Kontrollkommissar auf drei Tage verboten worden, weil sie ein Inserat über die Grenzpende für die Abstimmungsgebiete veröffentlichten.

Wien verpacket seine städtischen Betriebe an eine amerikanische Finanzgruppe. Der Magistrat der Stadt Wien plant, sämtliche städtischen Betriebe, sowohl die Gas- und Elektrizitätswerke wie auch die Straßenbahn, an eine amerikanische Finanzgruppe zu verpachten.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Kiel. Der Buchdruckerstreik in Kiel ist beendet. Die Forderungen wurden bewilligt. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Der Buchdruckerstreik in Köln. Infolge des Streikes der Buchdrucker in Köln erscheinen die vorigen Zeitungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ nicht.

Wohlmann-Hohenaupe gestorben. Der bekannte Bodenreformer Wohlmann-Hohenaupe ist in Detmold an der Grippe gestorben. Wohlmann-Hohenaupe war neben Dr. Danaschke der hervorragendste Vertreter der deutschen Bodenreformer.

Auflösung der Arbeitervereine in ganz Rußland? Das ukrainische Blatt „Wperad“ in Lemberg zitiert eine Meldung des russischen Blattes „Moskowskaja Schina“, wonach die russische Sowjetregierung die Auflösung der Arbeitervereine in ganz Rußland beschlossen hat.

Bestrafung in Rußland. „Berlingste Tidende“ meldet aus Petersburg: Der finnische Staatsrat hat infolge der Bestrafung die finnisch-russische Grenze gesperrt. Ein 500 Meter breiter Gürtel soll von den Bewohnern vollständig geräumt werden.

Depeschen.

Wilhelm jun. will sich stellen.

W. E. B. Amsterdam, 10. Februar. Der Adjutant des vormaligen deutschen Kronprinzen hat an die Schriftleitung des „Amsterdamer Handelsblattes“ das Ersuchen gerichtet, ein Telegramm zu veröffentlichen, das der ehemalige deutsche Kronprinz an die Könige von Belgien, England und Italien, an die Präsidenten von Nordamerika und Frankreich und an den Kaiser von Japan gerichtet hat.

In dem Telegramm weist Wilhelm der Jüngere darauf hin, daß durch die Auslieferungsnote der Entente das schwerkprüfte Deutschland in eine neue schwere Krise geraten ist, wie sie kein Volk zuvor in der Geschichte erlebt hat.

Wach preiswert abzugeben! Wasch- u. Reinigungsmitel... Buchhandlung Volksstimme... Gegen unheimliches Blut! Segregu-Pillen... Hof-Apotheke.

Der Zeitungsschlüssel... Buchhandlung Volksstimme... Nähmaschinen... Verloren.

Befürsorgen. Sanis Versand München 139a... Verloren. Wertvoller Belatzragen.

Junges Brautpaar sucht... Dankfagung. Soziale Wohlfahrt... Dankfagung.

Hohe Belohnung! Entlaufen ein kleiner Hund... Dankfagung. Soziale Wohlfahrt.

Ein sehr gut erhaltene... Dankfagung. Soziale Wohlfahrt.

Den plötzlichen Tod meines innig geliebten... Arbeiter-Tarav Vorwärts.

Sozialdemokratischer Bezirk Caracau-Drester. Am Sonntag den 8. Februar, mittags 1 1/2 Uhr...

Monatlicher Beginn neuer Kurse

204

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in Landw. u. kfm. Buchführ., Handels-
Briefwechsel, Rechnen, Stenographie,
Maschinenschreiben, Schönschreiben,
Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissenschaftl. Gepr. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.

Jedes vorstehend angeführte
Unterrichtsfach kann auf
beliebige Dauer einzeln
belegt werden.

Kleinm. Tages- & Abend-Unterricht:

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Alle Sorten künstliche Blumen

Blätter, Rosenzweige, Tulpen, Gräser, Pilze, Fliederbeeren,
280
Kranzblumen aller Art, Tanzabzeichen, Ballblumen.

C. Siebert
Karlsstraße 4, Ecke Brandenburger
Straße, beim Feuerwehrtor
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Gärtner.

7 Stunden

zahlt sich für

Alte Gebisse:

Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 12 Mk.
Platin Gramm 200 Mark (nicht bis).
Besser verarb. Zähne, Vrennsäfte nur nach Gewicht.

Antauf: Hotel Weintod, Schönebeckstraße 8,
nur von 10 bis 5 Uhr, am Mittwoch, 11. Febr.

Gold- u. Silbermünzen

sowie altes Gold und Silber kauft zu Tagespreisen

Erich Wilke Uhren- und Gold-
waren-Handlung,
Breitweg 216, zwischen Oranien- und Andaststraße.

Zahnpraxis Elisabeth Pfanne

vormalig O. Danneberg 381
Simmelreichstraße 3, 2 Treppen (im Hause des
„Baderbräus“)

Altmetalle

kaufen zu den höchsten Preisen
(auf Wunsch wird abgeholt)

Weißkopf & Fischer
Sindenburgstraße 6b. 7153

Zum Hauschlachten

offerierte alle Sorten prima gefüllte

Därme u. Gewürze.

Max Heynemann
Bachhandlung,
Schiedstr. 8. 297 Telephon 5528.

Antauf von jedem Quantum

Gold, Platin, Silber

in jedem Feingehalt zu Tagespreisen 370

Moriz Guttentag, Ringfabrik
Magdeburg, Gr. Diesdorfer Straße 235

Wolfs Boetischer Hauschab.

Vollständigste Auswahl deutscher Dichtungen von den ältesten
Zeiten bis zur Gegenwart. Mit künstlerischen Illustrationen.
34 Seiten stark, gut in Leinen gebunden. Preis 9 Mark.
Buchhandlung Wolffstürme, Gr. Münzstr. 3.

Südost Wir kaufen zu höchsten Tagespreisen Südost

Altmetalle

Alteisen u. Altmetalle
Kupfer, Rotgull, Messing, Zinn, Blei, Späne etc.

Felle u. Häute jeder Art
Lumpen - Wolle - Tuchabfälle 4761

Mendelsohn & Co., Alt-Salbe 43

Gehen Ihre Uhren nicht?

Reparaturen jeder Art.
Neue Uhren, Ketten, Kollern,
Broschen usw. sehr preiswert.
199

Fr. Pöllnitz, macherel.
Schönebeckstr. 9a, fein Laden.

Reinwollene Kostüm- und Herrenstoffe

empfiehlt 7122

Rudolf Faß
Sismarsstraße 48, 1.

Möbel

noch preiswerte

Möbel-Salast
Magdeburg

Gustav Jentsch Spezialhaus für Wohnungs-Einrichtungen

Magdeburg
Breitweg 150.
Kontor-Telephon Nr. 2108
Wohn-Telephon Nr. 3491
Verband nach allen Orten.

Schatwolle

Felle und Häute,
Kopfhare und
Volfser-Kopfhare
kauft zu höchsten Tagespreisen

F. Hirschhorn,
Magdeburg-Buchau,
Martinstr. 19. - Fernspr. 5998.

Altmetalle

Alteisen 340
Tuchabfälle
Lumpen aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen

F. Hirschhorn
Magdeburg-Buchau,
Martinstr. 19. - Fernspr. 5998.
Kaufe auch von Händlern.
Jedes Quantum wird abgeholt.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen!

**Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Aparthe Küchen**
in modernem Ansehen
und natur lasiert sowie

**Einzelmöbel
Klubgarnituren**
bestehend aus 198
1 Klubssofa
2 Klubsesseln
auch einzeln abzugeben
zu äußerst billigen Preisen.
Auf Wunsch bequeme Zahlungsweise

Möbel-Haus A. Friedländer
Alte Ulrichstr. 11
Versand auch nach auswärts.


Feine Herrenwäsche

wird innerhalb drei Tagen
außer gehäuft. Grünarm-
straße 18b, im 3lg.-Geb. 6907

Große Auswahl in Herren-, Frauen-, Kinder- u. Jungen- Wäsche und Hosen sowie Hüten und Mägen.

J. Sorger
Salzstraße Nr. 3.

Bücher



jeder Art drucken und binden

W. Pfannkuch & Co.
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3
Fernsprech-Anschluß Nr. 961

Berlitz-Schule

Sprach-Schule für Erwachsene.

Engl., Franz., Span., Ital., Russ.,
Deutsch für Ausländer.

Einzel- und Klassen-Unterricht
während des ganzen Tages. Eintritt jederzeit.
Neuzeitlicher Unterricht! Der Schüler hört und
spricht „von der ersten Stunde an nur die zu er-
lernende Sprache“.

Geschäftssprache. - Literatur.
- Vorbereitung für Reisen ins Ausland. -

Steinstrasse 1.
Prospekte kostenlos. 2293 Prospekte kostenlos.

Altmetalle

Alteisen 340
Tuchabfälle
Lumpen aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen

F. Hirschhorn
Magdeburg-Buchau,
Martinstr. 19. - Fernspr. 5998.
Kaufe auch von Händlern.
Jedes Quantum wird abgeholt.

Besonders vorteilhaft:

Reinwollene Gabardine 120-125 breit 115.00
in schwarz, lila, braun, grau und grün à Mk.

Halbwollener Schotten-Stoff 38.50
95 breit, für Kinderkleider à Mk.

Schwarzer reinwollener Cheviot 85.00
140 breit à Mk.

Modifarbig Diagonal 115 breit 63.00
für Mäntel und Kostüme à Mk.

Grauer halbwooll. Panama für Röcke 28.50
80 breit à Mk.

Taffet, schwarze feinste Ware 100 breit 83.00
für Mäntel und Kostüme à Mk.

Velour-Chiffon lila, grau, grün, rosa, hellblau, 148.00
schwarz à Mk.

Peter Georg Palis

Kaiserstraße 272, 7379, 7820 Fernruf:
Ulrichstraße

Bestattungs-Institut, Sarg-Fabrik

Carl Ebeling Tel. 7100

Hauptwache 8/9 am Alten Markt
Annastrasse, Wilhelmstadt.
Ueberführungen mit Auto.

Größte Auswahl **Särge** Eigne Fabrikate.

Gold und Silber

wird angenommen. 7152
bei Isensee, Fürstenstr. 17, S. 1 Zr.

Vorteilhaftes Angebot in

Belt-waren!

Ich empfehle mein er-
stklassiges großes Lager
Stunts, Marder,
Nerz, Iltis, Blau-
fuchs, Kreuzfuchs,
Mastfuchs, Rot-
fuchs, Nerzmurmel
usw.

in reiner Kürschnerarbeit
zu bekannt soliden Preisen
in einfachster wie elegan-
tester Aufmachung.

Füchse und Pelzcapas
die große Mode.

Pelzhüte
in allen Preislagen.

Pelzbesatz
in reichster Auswahl.

Aus Feuerungsgründen u.
Warenknappheit empfehle
es sich, seinen Bedarf ge-
istig zu beden.

Aufmerksame, vornehme
Bedienung. 203
Beschäftigung ohne Kauf-
zwang.

R. Sternau
Spezial-Pelz-
Etagengeschäft
Magdeburg
Alter Markt 32/33.

Sorger & Freund

Schönebeckstraße 12

zahlen die höchsten Preise
für Kanin-, Schaf-,
Hasen- und
Ziegen-, Regenfelle

sowie für Marder, Iltis u. Füchse

Telephon 7729 und 6548

Sehr wichtig für Händler u. Sammler

Geschäfts-Empfehlung.

Einem geehrten Publikum von Magde-
burg und Umgebung zur gef. Kenntnis,
daß ich das

Photographische Atelier

Berliner Str. 9, im Alten Freitz
(vorm. Böhse) käuflich übernommen
habe. Ich werde stets bestrebt sein, sämt-
liche Aufträge in kürzester Zeit bei ge-
wissenhafter Ausföhrung zu liefern und
halte mich außerdem bei Familienfest-
lichkeiten bestens empfohlen. 7157

P. Commerfeld, Photograph
Berliner Straße 9, im Alten Freitz.

Frauenhaar.

Kaufe jeden Posten, auch kleinere Mengen, zahle bei
Rück 40 bis 45 Mark. Kaufe auch Beschleßfall und Sturmfeder
von Friseurern. Antauf in Magdeburg am Freitag den
13. Februar im Hotel Jorch, vormalig Hotel „Bellevue“,
Wesiger Johann Joch, von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.
255
Anstlich beschäftigter Aufkäufer.

In einer Stunde vertilgen Sie gegen Garantiechein jede

Läuse-Plage

auch Gröhe (s. Deut. Blatt) u. Menschen u. Tieren in m. hat
gesch. Mittel „Exolida“ für Hund, ungeschäd. 1 Fl. 3 Pf. 3
6.00 Mk. Nachn. 6.70 Mk. Angeh. Vert.-Anstalt, Gr. Mag-
deburg, Gustav-Adolf-Str. 36, Gg. um d. Ecke Viktoriastr.

1/1 Gettränchen Std. 50 Pf.
1/1 Weißwein-, Rotwein-
und Cognac-Flaschen Std. 35 Pf.

kaufen laufend

Sorger & Freund

Schönebeckstr. 12 319 Schönebeckstr. 12
Telephon 7729 und 6548.
Jedes Quantum wird kostenlos abgeholt.

Trauersachen

färbt in 3 Tagen, alle übrigen in 8-14 Tagen
Farben in

August Leis Nachfl.
Färberei und chem. Waschanstalt,
Fabrik: Gr. Diesdorfer Str. 88. Tel. 1105.
Eigene Läden: Breitweg 271, Kaiserstr.
Jahobstr. 39, Johannisberg 15, Hauptwachz.,
Gr. Diesdorfer Str. 229, Hohenforststr. 12,
Schönebeckstr. 26, Salberstädter Str. 111,
Eingang Rortersdorfer Straße. - Die Sachen
werden gegen Abhandlungsmitteln versichert. 304